

ippnw forum

das magazin der ippnw
nr175 sept 2023 3,50€
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



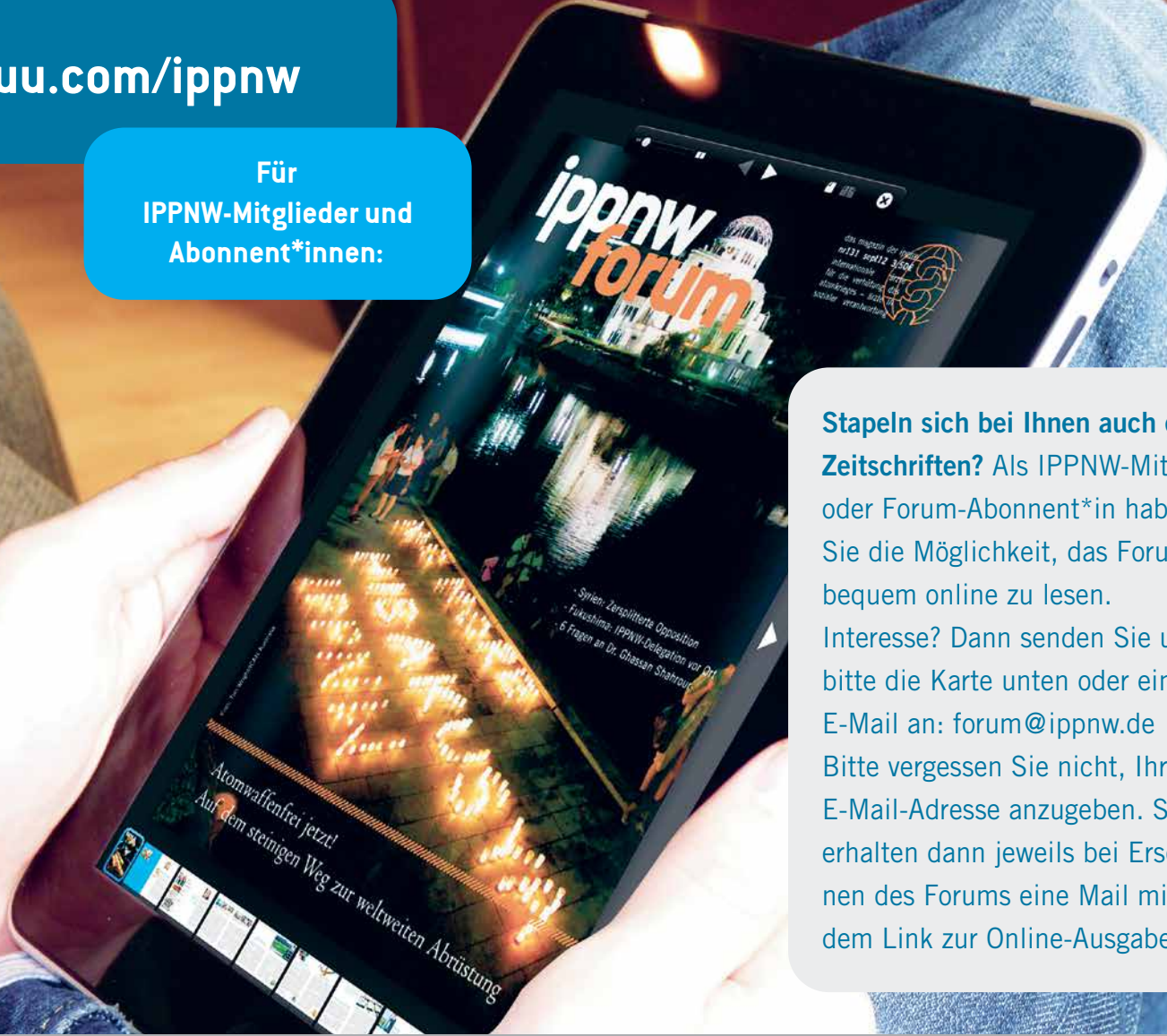
- Atomwaffen und KI
- Bericht von der NPT PrepCom
- Asylpolitik: Abschottung
um jeden Preis

Foto: US Department of Energy

Nuclear Justice now!

Für eine Welt frei von Atomwaffen

Für
IPPNW-Mitglieder und
Abonent*innen:



Stapeln sich bei Ihnen auch die Zeitschriften? Als IPPNW-Mitglied oder Forum-Abonent*in haben Sie die Möglichkeit, das Forum bequem online zu lesen. Interesse? Dann senden Sie uns bitte die Karte unten oder eine E-Mail an: forum@ippnw.de Bitte vergessen Sie nicht, Ihre E-Mail-Adresse anzugeben. Sie erhalten dann jeweils bei Erscheinen des Forums eine Mail mit dem Link zur Online-Ausgabe.

Umweltfreundlich und immer dabei: Das IPPNW-Forum online.



- Ich möchte das IPPNW-Forum abonnieren
 - zum Preis von 20 Euro jährlich
 - zum Förderbeitrag von 40 Euro jährlich.
- Ich möchte das Forum erhalten als:
 - Druck Druck & Online nur Online.

- Ich bin bereits Mitglied/AbonentIn und möchte zukünftig
 - keine gedruckten Ausgaben** mehr erhalten. Ich lese ab der nächsten Ausgabe lieber nur noch online.
 - zusätzlich zur gedruckten Ausgabe auch einen Link zur aktuellen Online-Ausgabe erhalten.

Per FAX an 030/693 81 66

IPPNW
Deutsche Sektion
Körtestraße 10
10967 Berlin

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

E-Mail _____

Unterschrift _____



Ute Rippel-Lau ist
Vorstandsmitglied der
deutschen IPPNW.



Die Angst vor dem Atomkrieg ist wieder da. Nach einer Zeit der Entspannung und Abrüstung in den späten 80er und frühen 90er Jahren sind wir in eine neue Phase gefährlichen weltweiten atomaren Wettrüstens eingetreten.

Xanthe Hall berichtet von der NPT Prepcom in Wien, dem Vorbereitungskomitee zum Nichtverbreitungsvertrag, das vom 31. Juli bis zum 11. August 2023 in Wien tagte. Angesichts der Absicht Russlands, Atomwaffen in Belarus zu stationieren, trat der grundsätzliche Konflikt um die Praxis der nuklearen Teilhabe auf der Konferenz deutlich zu Tage. Viele Staaten sehen die Stationierung von Atomwaffen auf fremden Territorien als Bedrohung des Weltfriedens.

Benetick Kabua Maddison, Marshalliese und Atomtestüberlebender in der dritten Generation, berichtet auf dem IPPNW-Jahrestreffen in einem bewegenden und eindrucksvollen Vortrag über die bis heute andauernden gesundheitlichen Folgen der amerikanischen Atomtests, die in den 50er Jahren auf den Marshallinseln stattfanden. Bis heute ist weder die Frage der Entschädigung für die betroffenen Menschen noch die der Umweltsanierung geklärt.

Juliane Hauschulz greift die Themen Atomwaffen und Klimakrise auf und stellt dar, warum die Forderungen nach „Klimagerechtigkeit“ und „nuklearer Gerechtigkeit“ zusammengedacht werden müssen. Die Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung verschärft die auf Ungleichheit basierende globale Weltordnung. Diese immer noch durch die Kolonialzeit geprägten Strukturen müssen überwunden werden, um „Klimagerechtigkeit“ und „nukleare Gerechtigkeit“ herzustellen. Die profitierenden Staaten des globalen Nordens müssen ihrer Verantwortung gegenüber den Staaten des globalen Südens gerecht werden.

Frederic Jage-Bowler hat den Informatiker Prof. Karl Heinz Bläsius über die Gefahren der Künstlichen Intelligenz befragt. Hier gebe es, so Bläsius, kaum Möglichkeiten der Kontrolle. Es sei schwierig, bei der KI den militärischen vom zivilen Bereich zu trennen. Umso wichtiger sei es, international Vertrauen und Zusammenarbeit aufzubauen, um einen Atomkrieg „aus Versehen“ zu verhindern. Dabei käme der Friedensbewegung eine wichtige Rolle zu.

Eine interessante Lektüre wünscht – Ihre Ute Rippel-Lau

Naher Osten: **Was heißt Klimakrise auf Arabisch?** 10

UNDP Irak / CC BY-NC 2.0



Atomtests **„Wir sind Überlebende und Aktivisten“** 24



AKW Saporischschja **IPPNW fordert Verbot von Angriffen auf Atomanlagen** 18

IAEA Imagebank



THEMEN

Frieden: Kongress ruft weltweit zum Handeln auf 8

Was heißt Klimakrise auf Arabisch? 10

Gewaltfreier Widerstand im Ukrainekrieg 12

Angriffe auf Atomanlagen müssen verboten werden! 14

Abschottung und Abschreckung um jeden Preis 16

Jetzt erst recht! Aktionswoche für das Atomwaffenverbot 18

SCHWERPUNKT

Atombomber – nein danke! 20

Unterminiert die nukleare Teilhabe den Nichtverbreitungsvertrag? 22

Marshallinseln: „Wir sind Überlebende und Aktivisten“ 24

Nuclear Justice und Climate Justice 26

„Bei Software gibt es keine Rüstungskontrolle“ 28

WELT

Das Atomkriegsrisiko reduzieren 30

RUBRIKEN

Editorial 3

Meinung 5

Nachrichten 6

Aktion 31

Gelesen, Gesehen 32

Gedruckt, Geplant, Termine 33

Gefragt: Joachim Guilliard 34

Impressum/Bildnachweis 33



Ralph Urban ist
Vorstandsmitglied der
deutschen IPPNW.

In der Sommerpause ist in Berlin eine kontroverse Debatte um die Lieferung von „Taurus“-Marschflugkörpern an die Ukraine entbrannt. Der Taurus hat eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern, mit der er russisches Gebiet erreichen könnte.

Angriffe mit westlichen Waffen auf russisches Kerngebiet bergen laut Medienberichten aus Sicht der USA und des Bundeskanzlers „die Gefahr, dass die NATO in dem Konflikt Kriegspartei wird“. Deshalb wird eine technische Limitierung der Reichweite in der Zielprogrammierung geprüft. Der Militärexperte Oberst a. D. Ralph Thiele warnte allerdings im ZDF-Interview, die Ukraine sei in der Informationstechnologie hochprofessionell und es wäre „naiv zu denken, dass sie das, was wir jetzt als Begrenzung in den Taurus einbauen, nicht überwinden können.“ Helmut W. Ganser, Brigadegeneral a. D., Politologe und Psychologe, sieht den Kern der Problematik anders: „Die ukrainische Luftwaffe dürfte den Taurus, wenn sie ihn erhielte, vor allem zur Zerstörung der Krimbrücken einsetzen, einschließlich der 19 Kilometer langen, von Russland gebauten Brücke bei Kertsch. Für diesen Zweck sind die Taurus-Sprengköpfe bestens geeignet.“ (ipg-Journal, 14.08.2023)

Die IPPNW weist erneut auf die Gefahr einer Eskalation des Krieges bis hin zur Möglichkeit eines Atomkrieges oder einer „horizontalen“ Eskalation hin, bei der sich der Krieg auf einzelne NATO-Länder oder die NATO insgesamt ausweiten könnte. Stattdessen fordern wir internationale Gespräche, in denen ein Waffenstillstand und darauf aufbauende Friedensverhandlungen vorbereitet werden. Nur durch Prävention kann eine weitere Eskalation verhindert werden. Auch unabhängig vom Eskalationsrisiko muss aus humanitären Gründen ein Ende der Kriegshandlungen angestrebt werden, um das tägliche Sterben und die Traumatisierungen sowohl der Zivilbevölkerung wie auch der Soldat*innen zu beenden. Die mit dem Krieg zusammenhängenden, multiplen Krisen, wie z. B. die Hungersnot, steigende Lebensmittelpreise, Inflation und Klimakrise, gilt es abzumildern.

Ein Atomkrieg bleibt nicht begrenzt. Militärische Planspiele führen regelmäßig zur totalen Eskalation, sobald Atomwaffen eingesetzt werden. Inzwischen liegen zahlreiche Vorschläge und Initiativen vor, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie zu beenden – so etwa aus Brasilien, China, Indonesien, dem Vatikan und der afrikanischen Union. In Kopenhagen und Dschidda haben Vertreter*innen aus rund 40 Ländern über Friedensperspektiven für die Ukraine beraten. Die Chancen dieser Initiativen für einen Waffenstillstand und Verhandlungen steigen, wenn eine starke Zivilgesellschaft und Friedensbewegung diese Bemühungen unterstützt.

Ralph Urban



Aserbaidschan blockiert Hilfslieferungen nach Bergkarabach

Seit dem 12. Dezember 2022 blockiert Aserbaidschan die Hauptverkehrsachse, den sogenannten Latschin-Korridor, die Bergkarabach mit Armenien und der Außenwelt verbindet. Seitdem herrscht ein akuter Mangel an Grundnahrungsmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln in dem geographisch isolierten Gebiet. Konnte das Internationale Rote Kreuz das Gebiet bisher zumindest mit Medizin versorgen, wurde diese Lebensader seit dem 15. Juni 2023 aber vollständig abgeriegelt – Nahrungsmittel, Medikamente oder Treibstoff kommen nicht mehr durch.

120.000 Menschen hungern in der Region, die zwar zu Aserbaidschan gehört, aber hauptsächlich von Armenier*innen bewohnt wird. Die beiden ehemals sowjetischen Länder kämpfen seit Jahrzehnten um die Region. Im Jahr 2020 eroberte Aserbaidschan Bergkarabach von Armenien. Unter Vermittlung Russlands trat im November 2020 eine Waffenstillstandsvereinbarung in Kraft, doch auch danach kam es wiederholt zu Gewaltausbrüchen. In dem Abkommen wurde auch geregelt, dass der Latschin-Korridor offenbleiben und von russischen Friedenstruppen gesichert werden solle. Genau das ist aber seit Monaten nicht mehr der Fall.

Nach einer achtmonatigen Blockade ist die Zivilbevölkerung erschöpft. Augenzeugen berichten, dass regelmäßig die Versorgung mit Gas, Wasser und Strom ausfalle. Die Fehlgeburten hätten sich vervielfacht, weil die Mütter unterernährt seien, bestätigten Ärzt*innen vor Ort.



Friedensaktivist Yurii Sheliashenko zu Hausarrest verurteilt

Der bekannte Kriegsdienstverweigerer, Pazifist und Geschäftsführer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung Yurii Shelizhenko wurde am 15. August 2023 vom Bezirksgericht Solomyanskiy in Kiew unter teilweisen Hausarrest gestellt. Die ukrainische Regierung klagte ihn wegen angeblicher „Rechtfertigung der russischen Aggression“ an. Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung, War Resisters' International, der Internationale Versöhnungsbund und Connection e.V. verurteilen die Verfolgung von Sheliashenko auf das Schärfste. „Sheliashenko ist ein politischer Gefangener, der nur deshalb inhaftiert ist, weil er friedlich seine aufrichtigen pazifistischen Ansichten geäußert hat. Er sollte unverzüglich und bedingungslos freigelassen, alle Anklagen gegen ihn sollten fallengelassen werden“, heißt es in einer Pressemitteilung von Connection e.V.. Pazifismus sei in demokratischen Staaten kein Verbrechen. Die Organisation fordern, dass die Menschenrechte in vollem Umfang geschützt werden, einschließlich des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, das Teil des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sei.

Im gleichen Monat haben die litauischen Behörden sich geweigert, der belarussischen Menschenrechts- und Friedensaktivistin Olga Karach Asyl zu geben, weil sie eine „Gefahr für die nationale Sicherheit Litauens“ darstelle. Karachs NGO „Nash Dom“ wurde 2022 von Minsk als „extremistisch“ eingestuft und 2021 vom belarussischen KGB auf die „Terroristenliste“ gesetzt.

Mehr unter: www.connection-ev.org



Ukrainekrieg: Herbstaktionen der Friedensbewegung

Im Herbst sind rund um den UN-Weltfriedenstag am 21. September 2023 und den Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2023 zahlreiche Aktivitäten der Friedensbewegung geplant. Für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen soll es vom 18. September über den UN-Weltfriedenstag am 21. September bis zum 24. September 2023 bundesweit Antikriegsaktionen geben. Ein Bündnis von mehr als zehn Friedens- und Menschenrechtsorganisationen – darunter die IPPNW – ruft unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine“ zu vielfältigen Protesten gegen den Krieg Russlands in der Ukraine, für das Durchbrechen der Gewaltspirale, für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen und gegen das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung auf, mit dem Deutschland bald einen der größten Rüstungsetats der Welt hätte. Vom 21.- 6. September 2023 findet zudem die ICAN-Aktionswoche „Jetzt erst recht! Abgeordnete gewinnen“ statt (siehe S. 18).

Am 3. Oktober 2023 findet ein dezentraler Aktionstag der Friedensbewegung am „Tag der deutschen Einheit“ statt. Mit einem Schwerpunkt in Hamburg soll gegen die Aufrüstungspolitik und die Militarisierung im Lande demonstriert werden. Diese Aktion wird in Norddeutschland von regionalen Friedensinitiativen unterstützt werden.

Weitere Informationen unter www.stoppt-das-toeten.de und nie-wieder-krieg.org



Julian Assange: Appell gegen drohende Auslieferung



Kritik an EU-Plänen: Sorge um Flüchtlingsschutz



IPPNW solidarisiert sich mit Nahostexpertin Dr. Muriel Asseburg

Ein Urteil im Berufungsverfahren von Julian Assange vor dem britischen High Court über seine mögliche Auslieferung in die USA steht unmittelbar bevor. Die deutschen Sektionen der Friedensorganisationen IPPNW und IALANA haben am 17. August 2023 in einer gemeinsamen Stellungnahme die Freilassung des Journalisten gefordert. Sie rufen die Bundesregierung, besonders Außenministerin Annalena Baerbock, zur aktiven Ablehnung der drohenden Auslieferung Assanges auf.

Seit mehr als einem Jahrzehnt bemüht sich Assange, nicht in die USA ausgeliefert zu werden, wo ihm ein unfairer Prozess, die Verurteilung zu einer praktisch lebenslangen Strafe und unbegrenzte Isolationshaft drohen. Nach ärztlicher Untersuchung weist Assange alle Anzeichen von psychischer Folter auf und leidet besonders unter der Einzelhaft in Belmarsh. Wenn es zu einer Abschiebung kommen sollte, bestünde erhöhte Suizidgefahr. Die Aussicht, nie mehr freizukommen und in der Haft zu sterben, würde Assange jede Hoffnung rauben. Ungeachtet breiter internationaler Proteste von Menschenrechtsgruppen und Journalistenorganisationen, zuletzt auch der australischen Regierung, zeigt sich die US-Regierung unter Präsident Biden unnachgiebig und setzt die Linie von Donald Trump fort.

Assanges Enthüllungen über Kriegsverbrechen im Irak und Afghanistan seien für die Friedensbewegung von großer Bedeutung gewesen.

Jüngste Verschärfungen im EU-Asylrecht, beschlossen am 8. Juni 2023 von EU-Innenminister*innen, stoßen auf heftige Kritik. Die IPPNW und 54 weitere Organisationen warnen eindringlich vor einem Abbau des Flüchtlingsschutzes. Kritisiert wird besonders die „Verordnung für Ausnahmen bei Krisen, Instrumentalisierung und höherer Gewalt“, welche aktuell im Europäischen Rat diskutiert wird.

Die Verordnung könnte längere Grenzverfahren und verschlechterte Unterbringungsstandards zur Folge haben. Die Kritiker*innen drängen die Bundesregierung dazu, in den Verhandlungen klare Grenzen zu setzen. Die Besorgnis gilt vor allem für schutzbedürftigen Gruppen wie Traumatisierten, Behinderten, Familien und alleinreisenden Kindern. Die IPPNW betont, dass die Verordnung die Identifikation dieser Gruppen behindern und medizinische Versorgung sowie psychologische Betreuung einschränken könnte. Wiebke Judith von PRO ASYL warnt, dass die Diskussion umstrittener Instrumentalisierungspläne den bestehenden Ausnahmezustand verschärfen könnte.

Das Bündnis befürchtet, dass die Verordnung den Ausnahmezustand an den EU-Außengrenzen festigen könnte, was bestehende Standards untergraben würde und verdeutlichen in ihrer gemeinsamen Kritik die Befürchtung, dass die jüngsten Verschärfungen im EU-Asylrecht eine Schwächung des Flüchtlingsschutzes an den EU-Grenzen mit sich bringen würde.

Die Nahostexpertin Dr. Muriel Asseburg, Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), ist wegen einem Interview mit dem Youtuber Tilo Jung vom Juli 2023 scharf kritisiert worden. Die israelische Botschaft warf ihr vor, „Israelbashing und wilde Verschwörungsfantasien“ zu betreiben. Kritik kam auch von einigen deutschen und israelischen Medien, Politiker*innen und aus der Zivilgesellschaft. Thema des mehr als zweistündigen Gesprächs waren völkerrechtliche Fragen und Begriffe wie „Terror“, „Apartheid“ und „Besatzung“. Auch die BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) und der politische Diskurs zum Thema Israel in Deutschland wurden thematisiert. Kritisiert wurde u. a. die Aussage von Muriel Asseburg, dass die israelische Regierung in der Nahostpolitik auf Deutschland „Druck ausüben“ könne, weil „wir sie zum Schiedsrichter gemacht haben darüber, ob wir denn sinnvoll mit unserer Vergangenheit umgehen“.

Die IPPNW Deutschland sieht die diskreditierenden Angriffe auf die Wissenschaftlerin als Teil von massiven Einschränkungen einer freien und an Menschen- und Völkerrecht orientierten Debatte in Deutschland über den Nahostkonflikt. In einem Brief an Außenministerin Annalena Baerbock schrieb die IPPNW, dass eine derartige Einschränkung wissenschaftlicher und politischer Debatten die freie Meinungsbildung gefährde, auf die eine funktionierende Demokratie angewiesen sei.

Siehe auch [Forum intern](#), S. 11

Mehr Informationen: [Siehe S. 14f.](#)

Kongress ruft weltweit zum Handeln auf

Internationaler Gipfel für Frieden in Wien

Am Wochenende vom 10. und 11. Juni 2023 kamen in Wien über 600 Vertreter*innen von Friedensorganisationen aus 32 Ländern (online und in Präsenz) zum ersten Mal seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine zusammen, um ein Ende der Kämpfe zu fordern. In einer offiziellen Erklärung der Konferenz erklärten die Teilnehmer*innen: „Wir sind eine breite und politisch vielfältige Koalition, die Friedensbewegungen und die Zivilgesellschaft repräsentiert. Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und dass es keine militärische Lösung für die derzeitige Krise gibt.“ Organisiert und vorbereitet wurde der internationale Gipfel von einer Koalition aus Friedensorganisationen, der u. a. das internationale Friedensbüro, die italienische Gewerkschaft CGIL sowie das italienische Friedensnetzwerk, das österreichische Friedensnetzwerk abfang, IFOR, WILPF Österreich, CODEPINK und das US-Netzwerk gegen den Krieg in der Ukraine angehören.

Um ihrer Forderung nach einem Waffenstillstand Nachdruck zu verleihen, verpflichteten sich die Teilnehmer*innen des Gipfels, vom 30. September bis zum 8. Oktober 2023 globale Aktionswochen zu organisieren – Proteste, Mahnwachen und politische Lobbyarbeit.

Die Organisator*innen des Gipfels wählten Österreich als Veranstaltungsort, da Österreich einer der wenigen neutralen Nicht-NATO-Staaten in Europa ist. Irland, die Schweiz und Malta sind nur noch eine Handvoll neutraler europäischer Staaten, nachdem das zuvor neutrale Finnland der NATO beigetreten ist und Schweden als nächstes an der Reihe ist. Österreichs Hauptstadt Wien ist als „UN-Stadt“ bekannt und beherbergt auch das Sekretariat der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die den Waffenstillstand im Donbass von der Unterzeichnung des Minsk-II-Abkommens im Jahr 2015 bis zum russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 überwacht hat.

„Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und es keine militärische Lösung für die aktuelle Krise gibt.“

Überraschenderweise erwies sich das neutrale Österreich als ziemlich ablehnend gegenüber dem Friedensgipfel. Der österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB beugte sich dem Druck des

ukrainischen Botschafters in Österreich und anderer Kritiker, die die Veranstaltungen als „fünfte Kolonne für die russischen Invasoren“ verleumdete. Der Botschafter hatte sich gegen einige der Redner*innen ausgesprochen, darunter der weltbekannte Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs und die EU-Parlamentarierin Clare Daly.

Sogar der Wiener Presseclub, in dem die abschließende Pressekonferenz geplant war, wurde in letzter Minute abgesagt. Die österreichische linksliberale Zeitung „Der Standard“ setzte noch einen drauf und kritisierte die Konferenz sowohl im Vorfeld als auch während und nach der Veranstaltung mit dem Vorwurf, die Redner seien zu prorussisch. Unbeeindruckt davon fanden die lokalen Organisatoren schnell einen anderen Veranstaltungsort. Die Konferenz fand in einem schönen Konzertzentrum statt, die Pressekonferenz in einem örtlichen Café.

Das bewegendste Podium der Konferenz war das mit Vertretern aus der Ukraine, Russland und Weißrussland, die ihr Leben riskierten, um am Gipfel teilzunehmen. Yuriy Sheliashenko, Geschäftsführer der ukrainischen pazifistischen Bewegung, kann das Land nicht verlassen und sprach daher von Kiew aus via Zoom zu den Teilnehmer*innen. „Wie viele Ukrainer*innen bin ich ein Opfer der Aggression der russischen Armee, die meine Stadt bombardiert, und ein Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch die ukrainische Armee, die versucht, mich durch den Fleischwolf zu ziehen, indem sie mir das Recht nimmt, das Töten zu verweigern und das Land zu verlassen, um an der Universität Münster zu studieren ... Denken Sie darüber nach: Allen Männern zwischen 18 und 60 ist es verboten, das Land zu verlassen. Sie werden auf den Straßen gejagt und in die Leibeigenschaft der Armee verschleppt.“ Sheliashenko erklärte, die ukrainischen Streitkräfte hätten versucht, ukrainischen Kriegsdienstverweigerern den Status als „Verweigerer aus Gewissengründen“ abzusprechen. Sie hätten jedoch nachgegeben, als es internationalen Druck gab, das ukrainische Militär müsse die Rechte anerkennen, die Verweigerern durch die Europäische Menschenrechtskonvention zugesichert werden.

Mehrere Gruppen verpflichteten sich auf dem Gipfel, Kriegsdienstverweigerer aus der Ukraine, Russland und Weißrussland zu unterstützen, und sammelten für ukrainische Familien, die nach der jüngsten Zerstörung des Kachowka-Staudamms keinen Zugang zu sauberem Wasser haben.



Fotos: Gerhard Kofler

Zu den Höhepunkten des Gipfels gehörten auch die Reden von Vertretern aus dem globalen Süden, die aus China, Kamerun, Ghana, Mexiko und Bolivien kamen. Der bolivianische Vizepräsident David Choquehuanca begeisterte die Menge, als er über die Notwendigkeit sprach, die Weisheit der indigenen Kulturen und ihre Vermittlungspraktiken zu beachten.

„Dieses Wochenende sollte nur der Anfang sein.“

Viele Redner*innen sagten, dass der wahre Anstoß zur Beendigung dieses Krieges aus dem globalen Süden kommen wird, wo Politiker*innen den weit verbreiteten Hunger und die Inflation sehen, die dieser Konflikt verursacht, und eine führende Rolle übernehmen, indem sie anbieten, zu vermitteln.

Fast ganz Europa war vertreten, darunter auch Dutzende aus Italien, dem Land, das mit über 100.000 Demonstrant*innen die größten Friedensdemonstrationen des Kontinents mobilisierte. Anders als in den USA, wo die Demonstrationen klein waren, haben die italienischen Organisatoren erfolgreich Koalitionen gebildet, die Gewerkschaften und die Religionsgemeinschaft sowie traditionelle Friedensgruppen einschließen. Sie rieten anderen, ihre Forderungen einzugrenzen und zu vereinfachen, um ihre Anziehungskraft zu erhöhen und eine Massenbewegung gegen den Krieg aufzubauen.

Zu der achtköpfigen US-Delegation gehörten Vertreter*innen von CODEPINK, Peace in Ukraine, der Fellowship of Reconciliation und der Veterans for Peace. Ann Wright, pensionierte US-Colonel und Diplomatin war eine der Hauptrednerinnen, ebenso wie der ehemalige Kongressabgeordnete Dennis Kucinich, der sich aus der Ferne anschloss.

Trotz der einheitlichen Grundaussage der Teilnehmer*innen, nämlich der Forderung nach Friedensgesprächen, gab es vor allem in den Workshops zahlreiche Meinungsverschiedenheiten. Einige waren der Meinung, dass wir weiterhin Waffen liefern sollten, während wir auf Gespräche drängen; andere forderten ein sofortiges Ende der Waffenlieferungen. Einige bestanden auf der Forderung nach einem sofortigen Abzug der russischen Truppen, während andere der Meinung waren, dass dies das Ergebnis von Verhandlungen sein sollte und nicht eine Vorbedingung. Einige

machten vor allem die NATO-Erweiterung und die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Ukraine verantwortlich, während andere sagten, die Schuld liege ausschließlich bei den russischen Invasoren.

Einige dieser Meinungsverschiedenheiten spiegelten sich in den Diskussionen über die Abschlusserklärung wider, in denen es viel Hin und Her darüber gab, was erwähnt werden sollte und was nicht. Nachdrücklich wurde gefordert, die Provokationen der NATO und die Rolle der USA und Großbritanniens bei der Sabotage der ersten Vermittlungsversuche zu verurteilen. Diese und andere Äußerungen, die den Westen verurteilen, wurden aus dem endgültigen Dokument gestrichen, das von einigen als zu fade kritisiert wurde. Verweise auf die Provokationen der NATO, die zur russischen Invasion führten, wurden gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

„Die Institutionen, die Frieden und Sicherheit in Europa gewährleisten sollten, haben versagt, und das Versagen der Diplomatie hat zum Krieg geführt. Jetzt ist Diplomatie dringend notwendig, um den Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine zerstört und die Menschheit gefährdet.“

Der wichtigste Teil des Abschlussdokuments und der Versammlung selbst war jedoch der Aufruf zu weiteren Maßnahmen. „Dieses Wochenende sollte nur der Anfang sein“, sagte der Organisator Reiner Braun. „Wir brauchen mehr Aktionstage, mehr Versammlungen, mehr Kontakte zu Studierenden und Umweltschützer*innen, mehr Bildungsveranstaltungen. Aber dies war ein großartiger Anfang einer globalen Koordination.“

Weitere Infos auf www.ipb.org und www.codepink.org.



Medea Benjamin ist Aktivistin und Mitbegründerin der Frauen-Friedensorganisation CODEPINK.

„Ein Samenkorn wächst still,
aber ein Baum brennt laut.“
Noor Al-Marsumy, Bagdad/Mosul, Irak

Was heißt Klimakrise auf Arabisch?

— Wie gehen die Menschen im Nahen Osten mit den klimatischen Herausforderungen um? —

Der Mittlere Osten erwärmt sich doppelt so schnell wie die restliche Welt. Dürren, Hitzewellen und Wassermangel treffen auf eine Region, die durch Konflikte sowie politische und wirtschaftliche Krisen besonders verwundbar ist. Journalistinnen aus dem Nordosten Syriens, dem Libanon und Irak haben sich im Rahmen des Projektes „Her turn II – supporting women in reporting about climate change“ der taz Panter Stiftung ein Jahr lang mit den drängendsten Fragen, die mit der Klimakrise in ihrer Heimat einhergehen, beschäftigt.

Wie kann der Norden Syriens wieder grüner werden?

Die Schriftstellerin Nariman Evdike hat berufsbedingt eine romantische Ader. Und weil das so ist, geht sie davon aus, dass alle Frauen eine besondere Beziehung zur Natur haben: „Frauen und Bäume“, sagt sie, „sind Seelenverwandte. Sie geben, bringen Opfer und schenken Leben. Ich spüre diese Verbindung tief in meinem Innersten.“ Vielleicht liegt es auch daran, dass sie in der Stadt Serêkaniyê, arabisch Ras al-Ain genannt, im Nordosten Syriens aufgewachsen ist. Wegen ihrer vielen Grünflächen und Bäume nannte man sie auch so: Die grüne Stadt. Besonders grün ist Serêkaniyê heute allerdings nicht mehr. Durch den Krieg in Syrien wurden viele Parks, Wiesen und landwirtschaftliche Anbauflächen zerstört. Evdike, die nach Qamischli fliehen musste, würde gerne lieber gestern als heute zurückkehren, um dabei zu helfen, ihre Heimat wieder zu begrünen. Doch Serêkaniyê ist noch immer von der Türkei besetzt. „Darum habe ich beschlossen: Für jeden Baum, der dort sterben muss, pflanze ich Dutzende von Bäumen in anderen Städten.“ Aus ihrer Idee ist mittlerweile eine kleine Bewegung entstanden. Ihr Name: die Grünen Zöpfe. Die Idee dahinter: Grünflächen vergrößern und so dem Austrocknen des Bodens Einhalt gebieten, was auch eine Folge der Klimakrise ist. Der ambitionierte Plan: vier Millio-

nen Bäumen pflanzen, um der Region ihre grüne Lunge zurückzugeben. Der Autor und Regisseur Mehmed Chakmaki ist neben Evdike einer der Initiatoren der Grünen Zöpfe, die vor zwei Jahren begonnen haben, ihren Plan in die Tat umzusetzen. „Dank einer breiten Unterstützung durch die Bevölkerung konnten wir schon viele Baumschulen aufbauen und haben unzählige Setzlinge verteilt. Außerdem sind unsere Freiwilligen wie ein fleißiges Bienenvolk in alle Himmelsrichtungen ausgeflogen und helfen uns, dass Naturschutz hier ein Teil unseres Alltags wird.“ Für ihn haben die Grünen Zöpfe auch eine politische Dimension: „Wir müssen der Kultur des Todes, die mit dem Krieg einhergeht, mit einer Kultur des Lebens begegnen. So sagen wir den türkischen Besatzern: Für jeden Baum, den ihr in meiner Heimat ausreißt, pflanzen wir zehn neue – an jedem Ort in Syrien, den wir mit unseren grünen Händen erreichen können.“ Welche Bäume wo gepflanzt werden, entscheidet der wissenschaftliche Rat des Projekts in Absprache mit den zuständigen Stellen der Autonomieverwaltung von Nordostsyrien. Die Bäume werden gerne im Umfeld von Schulen, Universitäten oder am Stadtrand gepflanzt, außerdem werden Setzlinge an die Bevölkerung verteilt, damit diese sie bei sich zu Hause oder auf ihren Feldern anpflanzen können. Einzige Bedingung ist,

dass sie sich um die Pflanzen kümmern müssen. Ein weiteres Komitee wacht über die Umsetzung des Aufforstungsprojekts und soll so seinen Erfolg sicherstellen. Innerhalb von nur zwei Jahren ist so eine – im wörtlichen Sinne – Graswurzelbewegung entstanden, der sich in vielen Städten und Regionen im Nordosten Syriens Ehrenamtliche angeschlossen haben. Die Zahlen sprechen für sich: Bisher wurden 170.000 Setzlinge herangezogen. Im vergangenen Jahr wurden 250.000 Pinien ausgesät, aber auch andere Nadelbäume wie Kiefern und Zypressen, Fächerpalmen, sowie Obstbäume wie Pfirsich und Aprikose und Weinstöcke. Nachdem sie im Frühling gekeimt sind, werden die Setzlinge gezählt und – sobald sie ausreichend Wurzelwerk ausgebildet haben – in Pflanzsäcke umgesetzt. Sogar aus dem Ausland gibt es dafür mittlerweile Unterstützung. Die Danielle-Mitterrand-Stiftung hat die Grünen Zöpfe mit 24.000 US-Dollar unterstützt und die Initiative mit einem Preis ausgezeichnet. Für Chakmaki ist das erst der Anfang. Setzling für Setzling, Baum für Baum will er weitermachen, bis das Land wieder so wird, wie es früher einmal war: grün. „Wenn wir ein gesundes Leben wollen“, sagt er, „brauchen wir Bäume. Und zwar viele!“

Avin Youssef, Qamischli, Syrien



HASAKA



SCHILFERNTE IM IRAK

Wie wird Wasser zur Waffe?

Pro Tag bekomme jede und jeder von ihnen 15 Liter Wasser, sagt Adla Al-Ahmad. Mit ihren fünf Kindern lebt sie – eine Frau in den Vierzigern, das gebräunte Gesicht durchzogen von Falten – im Geflüchtetenlager Serê Kaniyê vor den Toren der Stadt Hasaka, im kurdisch kontrollierten Nordosten Syriens. Rund 15.000 Menschen nennen das Camp ihre neue Heimat. Al-Ahmads Familie stammt aus dem syrischen Ras al-Ain, eine Stadt, die seit 2019 von mit der Türkei verbündeten Milizen besetzt ist. „Wie sollen 15 Liter reichen?“, fragt sie, „Zum Trinken? Zum Kochen? Zum Waschen?“ Wie unter einem Brennglas zeigt sich an der Situation der Menschen, die in dem Lager leben, wie sehr die ganze Region unter Wassermangel leidet – vor allem seit dem 10. Oktober 2019. An diesem Tag übernahmen die Türkei und von ihr unterstützte bewaffnete Kräfte die Kontrolle über die Gegend rund um das Allouk-Wasserwerk im Nordosten Syriens – und drehten damit rund 400.000 Menschen, die in dem Gebiet leben, den Wasserhahn ab. Trotz Protesten von internationalen Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen hält die türkische Blockade bis heute an. Die systematische Austrocknung der Region betrifft nicht nur die Versorgung mit Trinkwasser, sondern hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche: Wasserkraftwerke können nicht mehr betrieben werden, dadurch mangelt es an Strom, und landwirtschaftliche Nutzflächen können nicht bewirtschaftet werden. Die ganze Region droht zu vertrocknen – mit dramatischen Auswirkungen für die Natur und die Menschen, die dort leben.

Malva Ali, Qamischli, Syrien

Kann dem irakischen Sumpfland noch geholfen werden?

Auf jeden Fall! Die Biologin Halima Jabbar, die an der Universität der irakischen Stadt Basra forscht, ist überzeugt: Es gibt Lösungen, die das Verschwinden der Sümpfe verhindern können – daran arbeitet sie jeden Tag in ihrem Labor. Ihr Plan in drei Schritten: Erstens – Pflanzen züchten, die eine höhere Toleranz gegenüber Salz haben, das bei der Austrocknung der Böden entsteht. Zweitens – Künstliche Sümpfe anlegen, die kein Süßwasser benötigen. Drittens – Ein Kreislaufsystem entwickeln, in dem organische Abfälle helfen, die Böden wieder fruchtbar zu machen. „Die Idee dafür hatte ich, als ich das Tor zur meereswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Basra passierte. Wie jeden Morgen habe ich mich über die Berge von Abfall geärgert, die dort herumliegen. Ein schmutziges Ödland, garniert mit leeren Wasserkanistern. Damals habe ich mich gefragt: Wie schaffe ich es, dass hier wieder ein natürliches Ökosystem entsteht?“ Im Jahr 2020 begann sie mit ihren Forschungen und fand in Sajid Saad Al Nour, Dekan der landwirtschaftlichen Fakultät, einen engagierten Mitstreiter. Eine seiner Ideen: Die großen Mengen an Wasser, die bislang auf dem Gelände einfach versickerten, sinnvoll zu nutzen. „Regnet es, sammeln wir es. Ist es trocken, nutzen wir das gesammelte Wasser“, erklärt er. Auch die Kultivierung von Pflanzen, die resistent gegen einen höheren Salzgehalt im Boden sind – etwa Gerste oder Aloe Vera – schreitet voran. Die Pflanzen werden mit dem Drainagewasser sowie mit Abwasser gegossen. Nach und nach gelang es

den beiden Forschenden so, künstliche Sümpfe anzulegen, in denen sie mit der Zeit auch Tiere wie Fische, Schildkröten und Gänse ansiedelten. Aus einem ehemals vermüllten Stück Land schufen sie so ein gesundes kleines Ökosystem. Das Projekt lässt sich überall dort replizieren, wo es einen kleinen Wasserlauf gibt. Am Anfang bekam Jabbar organische Abfälle, die sie zum Düngen der Böden braucht – etwa altes Brot – von ihren Kolleginnen und Kollegen aus ihrem Institut. Mittlerweile hat sie eine Kampagne initiiert, die Landfrauen aus dem Umkreis von Basra darüber aufklärt, wie sie ihre Böden mit Biomüll düngen können. Für Jabbar war es das aber noch lange nicht. Im Gegenteil: Die Biologin hat gerade erst begonnen, ihre Vision in die Tat umzusetzen. „Ich will zeigen, wie wir mit der Kraft unserer Hände unsere Umgebung zu geringen Kosten in ein sauberes Umweltsystem verwandeln können“. Ihr Plan für die Zukunft: Noch mehr verschmutztes Land in sauberes zu verwandeln und es mit salztoleranten Pflanzen zu begrünen.

Naghm Makki Al Ajer, Basra, Irak

Die abgedruckten Texte sind Auszüge aus der Beilage „Was heißt Klimakrise auf Arabisch“ vom 29.06.2023. Mit freundlicher Genehmigung der taz Panter Stiftung.

Die Beilage finden Sie hier: download.taz.de/taz_MENA-Beilage_29-06-2023.pdf

Gewaltfreier Widerstand im Ukrainekrieg

— Der katalanische Friedensforscher Felip Daza hat Aktionen des zivilen Widerstands untersucht —

In der öffentlichen Debatte über den Ukrainekrieg erhalten Waffenlieferungen mehr Aufmerksamkeit als Initiativen gewaltfreien Widerstandes. In der Studie „Gewaltfreier ziviler Widerstand in der Ukraine im Angesicht des Krieges“ hat der katalanische Friedensforscher Felip Daza Sierra Zivilen Widerstand in der Ukraine untersucht. Die Arbeit deckt den Zeitraum der ersten vier Monate des Ukrainekrieges ab. Daza dokumentiert insgesamt 235 gewaltfreie Aktionen, darunter 148 Protesthandlungen, 51 Unterlassungshandlungen und 36-mal gewaltfreies Eingreifen im Zeitraum von Februar bis Juni 2022.

Es handelt sich damit um eine aktuelle Studie, die allein den Zeitraum der ersten Monate des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beleuchtet. Die Mehrheit der Aktionen fand in Cherson und Saporischschja statt. Die Arbeit kommt zu dem Schluss, dass einige Widerstandsaktionen der Zivilbevölkerung dazu beigetragen haben, die russische Invasion im Norden des Landes zu stoppen. Die große Mehrheit der ukrainischen Aktivist*innen sieht den zivilen Widerstand laut Daza jedoch eher als Ergänzung denn als Alternative zu militärischem Widerstand.

Zu Anfang sei der Widerstand öffentlich sichtbar gewesen, zum Beispiel in der Form von öffentlichen Demonstrationen und dem Sich-Entgegenstellen vor russischen Panzern. Mit zunehmender Repression seitens der russischen Truppen in den besetzten Gebieten habe die Sichtbarkeit des gewaltlosen Widerstandes abgenommen. Dieser sei verdeckter erfolgt, aber nicht weniger effektiv gewesen. Das bekannteste Beispiel ist die sogenannte „Gelbe Schleifen-Bewegung“. Gelbe Schleifen und andere Symbole in den ukrainisch

blau-gelben Farben werden in der Öffentlichkeit als Zeichen des Widerstandes gegen den Angriffskrieg Russlands platziert. In den besetzten Gebieten würden viele ukrainische Widerstandsaktivist*innen auf diese und andere Formen des gewaltfreien Widerstandes zurückgreifen, ihre Aktionen teilen und sich vernetzen, insbesondere mithilfe von sozialen Medien wie Telegram.

Laut Daza ist gewaltfreier Widerstand in der Ukraine tief verwurzelt aufgrund historischer Kontinuität und wichtiger Ereignisse wie dem Zerfall der Sowjetunion sowie der „Orangen Revolution“ (2004) und dem „Euromaidan“ (2014). Diese haben lokale informelle Netzwerke und selbstorganisierte Gemeinschaften gefördert, die sich für Menschenrechte einsetzen und durch Mediation und Dialog zur Konfliktlösung beitragen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt habe dadurch zugenommen, zahlreiche neue gesellschaftliche Gruppen hätten sich verstärkt auf lokale Themen konzentriert. Diese Unterstützung von gewaltfreiem zivilem Widerstand spiegele sich auch in einer repräsentativen Umfrage des Internationalen Soziologischen Instituts in Kiew wider: Zur Frage, wie man handeln wolle, wenn es zu einem Angriff auf die eigene Stadt und zu deren Besetzung käme, gaben mehr als 25 % der Ukrainer*innen zivilen Widerstand als bevorzugte Reaktion an (ein Drittel: weiß nicht, 15 % fliehen, 25 % militärisch wehren).

Daza hat in seiner Studie verschiedene Charakteristika in der Widerstandsmethodik herausgearbeitet. Er dokumentiert, dass vor allem auf lokaler Ebene spontane Mobilisierungen entstanden sind. Dabei hätten insbesondere regionale gesellschaftliche Akteur*innen eine bedeutende Rolle gespielt, wie zum Beispiel Jugend-

zentren, Kirchengemeinden und selbstorganisierte Gruppen, die sich insbesondere seit dem „Euromaidan“ gebildet haben, aber auch Menschenrechtsorganisationen. So seien beispielsweise zwischen lokalen NGOs und Landwirten Kommunikationsnetzwerke entstanden, um Nebenstraßen zu finden, damit humanitäre Hilfe während der Belagerung durch russische Truppen in die Stadt gelangen konnte. Andererseits erhielten unter anderem Aktivist*innen in Sumy von russischen Nachbar*innen nahe der Grenze Informationen über militärische Bewegungen. Solidarität stelle dabei ein zentrales Element innerhalb dieser Vernetzungs- und Kommunikationsprozesse dar. Größtenteils werde ohne Koordination auf nationaler Ebene regional gehandelt. Aktionen im Zusammenhang mit humanitärer Hilfe, dem „Monitoring“ von Kriegsverbrechen, gewaltfreier Massenkommunikation und Hacker-Aktivismus hingegen bräuchten oftmals überregionale oder sogar staatliche Hilfestellung. Insbesondere Religionsgemeinschaften spielten eine wichtige Rolle bei der Schaffung von kollektiver Identität und dem Angebot von Räumen für Dialog und Austausch.

Laut Daza wirkte der gewaltfreie Widerstand innerhalb der Ukraine auf die verschiedensten gesellschaftlichen und sozialen Bereiche: Zu Beginn sei vor allem das Voranschreiten der russischen Truppen verhindert worden. Aber mit der Zeit habe sich der Fokus der Aktivitäten verlagert, zum Beispiel auf den Schutz von Zivilist*innen, die Unterstützung von kommunaler Resilienz, die Stärkung lokaler Verwaltungen sowie die Schaffung von nationalem und regionalem sozialen Zusammenhalt. Auch das Bedürfnis nach Rechenschaftspflicht durch das Dokumentieren und die Verifizierung von Kriegsverbrechen sei wichtig geworden.



PROTESTE IN CHERSON UND NOWA KACHOWKA GEGEN DIE RUSSISCHE BESATZUNG, 5./6. MÄRZ 2022

Gewaltfreier Widerstand verlaufe nicht ohne Komplikationen und Herausforderungen. Laut Daza ist er in manchen Fällen auch nicht realisierbar oder nicht effektiv. Als Beispiele werden der Schutz von Zivilist*innen oder die ukrainische Kriegsdienstverweigerung angeführt, die mit großem sozialem Druck behaftet sind und oft strafrechtlich verfolgt werden. Eine Herausforderung stelle zudem die Organisation auf lokaler Ebene dar. Einerseits könne diese zu einer schnellen und effektiven Vernetzung und anschließender Mobilisierung führen, andererseits sei der Kommunikationsfluss aufgrund der fehlenden nationalen oder überregionalen Koordinierung oftmals schwierig. Auch die Dauer des Krieges stelle für den gewaltfreien Widerstand ein Hindernis dar: Daza benennt den Druck der „Kriegskultur“ und den sogenannten „Kriegsstress“ als Auslöser sozialer Konflikte. Das Konfliktpotenzial auf lokaler Ebene steige aber auch dann, wenn die Koordinierung national erfolge, da sich die etablierten lokalen Akteur*innen aus Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlen könnten. Während zu Beginn eine lokale und spontane Organisation von gewaltfreiem Widerstand stattgefunden habe, sei bemerkbar, wie dieser im Verlauf des Krieges strukturelle Formen angenommen habe bis hin zu einer Unterstützung und oder sogar Koordinierung auf nationaler Ebene.

Februar 2022 bis Juni 2022

In dem untersuchten Zeitraum identifizierte Daza drei „Wellen“ mit verschiedenen Schwerpunkten. Die erste Welle erstreckte sich über den ersten Monat der russischen Invasion vom 24. Februar 2022 bis einschließlich März 2022. Diese Welle sei insbesondere gekennzeichnet gewesen von Massenprotesten, symbolischen Aktionen

und gewaltfreiem Eingreifen (zum Beispiel physische Intervention, Bau von Barrikaden und Manipulation von Straßenschildern, um den russischen Vormarsch zu behindern). Die russischen Soldat*innen hätten diesen starken Widerstand nicht erwartet, vor allem in den russisch geprägten südlichen Regionen seien sie von mehr Unterstützung ausgegangen, was zu einer Demoralisierung geführt habe.

Die zweite Welle habe im April 2022 begonnen. Aufgrund steigender Repression seitens der russischen Besatzungstruppen habe sich der „Stil“ der gewaltfreien Aktionen verändert. Zum Beispiel sei das Militär durch russische Polizei ersetzt worden, die in der Kontrolle von Menschenmengen trainiert sei und teilweise willkürliche Verhaftungen und Entführungen durchgeführt habe. Die Aktivist*innen in den besetzten Gebieten seien gezwungen gewesen, in den Untergrund zu wechseln. So habe es vermehrt verdeckte und heimliche Aktionen gegeben, wie etwa den Einsatz von Graffiti, Flaggen und blau-gelben Schleifen. Gleichzeitig hätten Unterlassungshandlungen beziehungsweise Aktionen der „Nicht-Mitarbeit“ zugenommen. Vielerorts seien Strukturen einer Art Parallelregierung aufgebaut worden. Diese Welle habe den Stil des gewaltfreien Widerstands in der Ukraine entscheidend geprägt, insbesondere mit dem Auftreten der „Gelbe-Schleifen“-Bewegung und bestehe bis heute fort.

Eine dritte Welle begann laut Daza Ende April 2022 und trat vor allem in den Gebieten Cherson und Saporischschja auf, in denen Aktionen der Unterlassung eine besonders systematische und strukturelle Form annahmen und oftmals die neu eingesetzte russische Administration und deren Maßnahmen in diesen Gebieten betrafen.

Zur Zeit existieren ziviler und militärischer Widerstand in der Ukraine parallel. Dabei wird ziviler Widerstand auch offiziell zunehmend Teil der Strategie der ukrainischen Streitkräfte: Im März 2021 wurde das ukrainische National Resistance Center vom ukrainischen Militär gegründet. Zweck des Zentrums ist es, die ukrainische Zivilbevölkerung über Methoden des Widerstands zu informieren. Zum Beispiel veröffentlicht es Anleitungen für verschiedene Formen des gewaltfreien Widerstands auf seiner Website. Zusammen mit der EU wurde ein Handbuch für Zivilist*innen herausgegeben, in dem verschiedene Tipps, Erklärungen und Anweisungen zur Gefahr von Minen, für den Fall eines Chemiewaffenangriffs oder für Cybersicherheit gegeben werden – aber auch, wie man sich im Falle einer Besetzung verhalten soll und zivilen Widerstand leisten kann. Die Empfehlungen beziehen sich zum Beispiel auf Haussabotage wie Kabelbeschädigung, das Erzeugen von Kurzschlüssen, Maschinenbeschädigung, etc. Ebenfalls werden „passive Methoden des Widerstandes“ empfohlen, mit denen sich die Zivilist*innen nicht in größere Gefahr bringen. Sie könnten zum Beispiel „bewusst falsche Angaben machen“ oder „die Moral der Besatzer senken, indem zum Beispiel unklare und lange Antworten gegeben werden“. Die Besatzer sollen sich isoliert, unsicher und angefeindet fühlen. Weiterhin empfiehlt das Zentrum die Dokumentation mutmaßlicher Kriegsverbrechen der russischen Besatzung.

Sina Fiona Brauer studiert Internationale Beziehungen an der Universität Erfurt und hat als Praktikantin bei der IPPNW gearbeitet.



Abschottung und Abschreckung um jeden Preis

Das bittere Erwachen in der rot-grün-gelben Asyl- und Migrationspolitik

War die Stimmung unter Menschenrechts- und Flüchtlingschutzorganisationen bei Veröffentlichung des Koalitionsvertrages der Bundesregierung 2021 noch verhalten optimistisch, ist sie in den letzten Monaten blankem Entsetzen gewichen.

Die menschenrechtliche und humanitäre Situation an den Außengrenzen der EU spitzt sich seit Jahren immer stärker zu. 2021 wollte die Bundesregierung in Sachen Aufnahme und Verteilung von Schutzsuchenden noch mit einer „Koalition der Willigen“ in der EU vorangehen und nicht auf eine gesamteuropäische Lösung mit rechten Hardlinern wie Polen und Ungarn warten. „Das Leid an den Außengrenzen zu beenden“, erklärte sie als wichtiges Ziel. Passiert ist nun, auch im Zuge der Erstarung rechtspopulistischer und faschistischer Kräfte in ganz Europa, das Gegenteil: Im Juni 2023 beschloss der Europarat mit den Ja-Stimmen der Bundesregierung und gegen gewichtige Stimmen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft die europäische Asylreform GEAS und damit die massivste Aushöhlung des Asylrechts seit Jahrzehnten.

Die Reform sieht die Einführung von verpflichtenden „Grenzverfahren“ für alle Ankommenden aus Ländern mit einer Schutzquote unter 20 Prozent vor, wobei diese Grenze im nationalen Alleingang auch hochgesetzt werden kann. Grenzverfahren sind mit rechtstaatlichen Prinzipien unvereinbar. Es sind Schnellverfahren, in denen Antragstellende keinen Zugang zu Rechtsberatung und -vertretung haben und ihr Schutzgesuch nicht inhaltlich, sondern nur auf Zulässigkeit geprüft wird – anhand von Kriterien wie Schutzquote oder „sicherer Drittstaat“. Wer über einen von der EU als sicher eingestuftem Drittstaat eingereist ist, dessen Antrag ist unzulässig und darf dort hin abgeschoben werden. So handhabt es jetzt schon de facto Griechenland mit der

Türkei oder Italien mit Tunesien. Da die Reform auch vorsieht, die Anforderungen für „sichere Drittstaaten“ deutlich abzusenken, verfolgt sie vor allem das Ziel, möglichst viele Schutzsuchende abzuweisen. Auf diese Weise werden entgegen Verlautbarungen aus der Politik etwa auch Afghan*innen und Syrer*innen, die sehr gute Chancen in einem regulären Asylverfahren haben, in Grenzverfahren kommen. Das Konzept der sicheren Drittstaaten samt Externalisierung der Grenzen fungiert so als zentrales Element der Abschottung.

Exemplarisch zeigt dies auch der neue Migrationsdeal zwischen Tunesien und der EU. Das Land setzt Geflüchtete buchstäblich zum Sterben in der Wüste aus und bekommt für die Eindämmung der Migration nach Europa 900 Millionen Euro.

Der proklamierte „solidarische Verteilmechanismus“ – für die sehr kleine Zahl von 30.000 pro Jahr in der EU umzuverteilenden Schutzsuchenden – ist hingegen keiner: Denn wenn ein Land keine Menschen aufnehmen möchte, muss es das auch weiterhin nicht tun und kann stattdessen Zahlungen leisten – die dann auch in die Flüchtlingsabwehr oder die Grenzabschottung fließen, wie etwa an die sogenannte libysche Küstenwache, die Menschen im europäischen Auftrag in die Folterlager nach Libyen zurückschleppt. Das Grundproblem des Dublinsystems wird damit in keinsten Weise gelöst.

Aus humanitärer Perspektive besonders katastrophal ist zudem die geplante Festsetzung der Schutzsuchenden in mutmaßlichen extraterritorialen Haftzentren im Rahmen der „Grenzverfahren“. Auch Familien mit Kindern sind davon nicht ausgenommen. Ob und wie hier geprüft werden soll, ob Menschen einen besonderen Schutzbedarf haben, weil sie etwa traumatisiert sind, ist nicht bekannt. Jetzt schon klar ist hingegen, dass sich die humanitäre Lage

an den Außengrenzen weiter verschlechtern wird. Auch Kinderrechte werden nicht gewahrt. Die Regelungen brechen auch mit grundlegenden Versprechen aus dem Koalitionsvertrag. Darin hieß es, es sollten bessere Standards im Asylverfahren eingeführt und eine inhaltliche Prüfung von Asylanträgen gewährleistet werden. Noch muss das EU-Parlament der Reform zustimmen, aber es ist unwahrscheinlich, dass diese noch aufgehoben wird.

Doch es geht noch mehr Verschärfung. Erneut auf dem Verhandlungstisch liegt derzeit die EU-Krisenverordnung. Pro Asyl nennt sie einen „Blankoscheck für Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen“. Diese ermöglicht „die Verzögerung von Registrierungen, die Verlängerung von Grenzverfahren sowie massive Absenkungen bei den Unterbringungs- und Aufnahmebedingungen“, kritisierte die IPPNW zusammen mit über 50 anderen Organisationen im Vorfeld. Denn sie erlaubt, dass in einem „Krisenfall“ deutlich mehr Geflüchtete, unter Umständen alle Ankommenden – auch Kinder – an den Außengrenzen bis zu fünf Monaten in extraterritorialen Haftzentren auf sehr engem Raum und ohne adäquate Gesundheitsversorgung festgehalten werden dürfen. Greifen soll die Verordnung, wenn plötzlich sehr viele Geflüchtete an einer Grenze ankommen oder wenn Geflüchtete von anderen Staaten „instrumentalisiert“ werden. Ob und wann dies der Fall ist, ist eine politische Entscheidung der Mitgliedsstaaten. Als Referenz fungiert für die EU hier die sogenannte „Krise“ an der polnisch-belarusischen Grenze 2021. Nachdem Belarus die visafreie Einreise erlaubt hatte, versuchten damals einige Tausend Menschen, vor allem aus dem Nahen Osten und Afghanistan, über die Grenze nach Polen zu gelangen. Dabei wurden sie von Sicherheitskräften Richtung Grenze getrieben und von polnischen Grenzern meist brutal wieder zurückgedrängt. Die EU warf Lukaschenko vor, Migrant*in-



nen als Waffe in einem „hybriden Krieg“ zu instrumentalisieren, um die EU unter Druck zu setzen – ein Kalkül, was aber nur möglich war, weil die EU keine sicheren und legalen Fluchtwege bereitstellt. Der Politik- und Rechtswissenschaftler Maximilian Pichl schrieb deswegen damals auch: „[D]as Bedrohungsszenario von der hybriden Kriegsführung, das angesichts von einigen Tausend schutzsuchenden Geflüchteten an der Grenze gezeichnet wird, [dient] den EU-Regierungen vor allem als Rechtfertigung, um sich ihrer rechtsstaatlichen Verantwortung zu entledigen.“ Noch ist die EU-Krisenverordnung nicht beschlossen. Auf einer Sitzung im Sommer 2023 konnten die Länder sich vorerst nicht einigen.

Zahlreiche Mitgliedsstaaten führen jedoch auch schon jetzt immer offene Rechtsbrüche wie Pushbacks durch. Jüngst stellten deutsche Politiker*innen bis in die Reihen von SPD und CDU öffentlich die Genfer Flüchtlingskonvention in Frage. Zugleich setzte eine massive Aufrüstung der Grenzinfrastruktur und Brutalisierung des Grenzschutzes ein, die für Menschen auf der Flucht immer traumatischere und tödlichere Folgen hat. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind in der ersten Jahreshälfte 2023 jeden Tag durchschnittlich zehn Menschen im Mittelmeer ertrunken. Italiens postfaschistische Ministerpräsidentin Meloni kündigte jüngst eine „Seeblockade“ an. Hatte die deutsche Regierung im Koalitionsvertrag noch angekündigt, erstmalig die zivile Seenotrettung mit jährlich zwei Millionen Euro zu unterstützen, ruderte das Auswärtige Amt im Juli 2023 zurück. Entgegen eines Bundestagsbeschlusses von Ende 2022 wird die Summe nicht an das Bündnis United4Rescue ausgezahlt und nicht mehr allein der zivilen Seenotrettung zugutekommen.

Innenpolitisch ist das Bild komplexer. Positiv hervorzuheben ist hier das neue „Chancen-aufenthaltsrecht“, worüber ein kleiner Teil der in Deutschland lediglich „geduldeten“ Menschen endlich einen Aufenthaltstitel – zunächst für 18 Monate auf Probe – erhält. Das sind laut BMI schätzungsweise 35.000 von knapp 250.000 Personen. Für traumatisierte, kranke, alte oder behinderte Menschen und große Familien werden sich allerdings die Bleibeperspektiven kaum



verbessern. Denn dafür sind die zu erfüllenden Bedingungen in der Regel zu hoch. Erfreulich ist neben weiteren punktuellen Verbesserungen im Bereich Integration auch die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und das – allerdings unzureichende – Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Anders beim Thema Abschiebungen. Im Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung eine „Rückkehroffensive“ angekündigt. Seit Monaten befeuern Politiker*innen aus Regierung und Opposition nun eine Scheindebatte um mehr Abschiebungen als Lösung integrationspolitischer Herausforderungen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten. Anfang August legte Bundesinnenministerin Faeser ein Diskussionspapier vor, das vorsieht, die deutsche Abschiebep Praxis zu verschärfen. Betroffene sollen länger in Ausreisegewahrsam genommen werden dürfen, Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden, Klagen gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote sollen keine abschließende Wirkung mehr haben und die Polizei soll mehr Befugnisse bekommen, wie etwa weitere Räume in Flüchtlingsheimen zu betreten. Dies hatten die Kommunen auf dem „Flüchtlingsgipfel“ im Mai 2023 gefordert. Zusammenhänge mit der Belastung der Kommunen bei der Unterbringung und Integration gibt es allerdings quasi keine. Von den derzeit 280.000 ausreisepflichtigen Menschen haben 220.000 eine Duldung – etwa, weil im Herkunftsland Krieg herrscht, sie gegen den Ausweisungsbescheid juristisch zulässigen Widerspruch eingelegt haben oder weil gesundheitliche Abschiebehindernisse vorliegen. Oppositionspolitiker warfen Faeser mit Blick auf ihre Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl in Hessen Aktionismus und Wahlkampfmanöver vor. Auch Pro Asyl kritisierte die Debatte scharf. Sie führe nicht dazu, „dass mehr Menschen abgeschoben werden, sondern dass die

Abschiebep Praxis härter wird und dadurch Grundrechte von Schutzsuchenden verletzt werden“, erklärte die Organisation.

In letzter Zeit gab es wiederholt Berichte von teils rechtswidrigen Abschiebungen auch schwer kranker Menschen. Besonders alarmierend sind in diesem Zusammenhang immer wieder bekanntwerdende Fälle von Abschiebungen aus stationärer und ambulanter Behandlung aus fast dem gesamten Bundesgebiet. Auch der vorgelegte Bundeshaushalt für 2024 zeigt die Prioritäten der Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag hieß es noch, die psychosozialen Hilfen für geflüchtete Menschen sollten gestärkt werden. Nun sollen die Bundesmittel zur anteiligen Finanzierung der Psychosozialen Zentren um fast 60 Prozent gekürzt werden. „Das gefährdet die Therapie und Beratung für traumatisierte geflüchtete Menschen ganz akut“, schlägt das Zentrum Überleben Alarm.

Insgesamt bleibt: Eine Politik, die auf Abwehr von Migrant*innen und Aufrüstung von Grenzen setzt, entfaltet auch Wirkungen nach innen. Sie verändert und brutalisiert auch die sich abschottenden Gesellschaften, so die These der Soziologen Volker Heins und Frank Wolff. In ihrem Buch „Hinter Mauern“ zeigen sie, wie „sichere Außengrenzen“ gerade jene demokratischen Werte und Strukturen gefährden, die sie zu schützen vorgeben.

Meht Infos zum Thema Flucht und Asyl unter: ipnw.de/bit/flucht-asy



Anne Jurema ist IPPNW-Referentin für Soziale Verantwortung.

Militärangriffe auf Atomanlagen müssen verboten werden

Die IPPNW fordert die Mitgliedsstaaten des Nichtverbreitungsvertrages zum Handeln auf

Nur elf Tage nach Kriegsbeginn, am 4. März 2022, wurde das ukrainische AKW Saporischschja von russischem Militär besetzt. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Region Saporischschja ordnete Präsident Putin an, dass das AKW mit seinen sechs Reaktoren in russischen Besitz übergeht.

Der russische Atomkonzern Rosatom hat am 3. Oktober 2022 mit einem Gründungskapital von zwei Milliarden Rubel die „JointStock Company Zaporozhye NPP Operating Organization (ZNPP OO JSC)“ ins Leben gerufen. Die Aktiengesellschaft mit Rosatom als Hauptaktionär soll als neue Betreibergesellschaft für das Kernkraftwerk fungieren. Aus russischer Sicht ist das AKW damit russisches Eigentum geworden – ein Akt, der gegen das Völkerrecht verstößt. Das Betriebspersonal besteht weiterhin aus ukrainischen Ingenieuren und Fachpersonal, denn ein Austausch ist nicht so einfach möglich.

Im August 2022 kam es zu Luftangriffen. Die Bombardements hätten laut Behörde Energoatom ein Hilfsgebäude sowie eine Stick- und Sauerstoffstation „schwer beschädigt“. Durch die Luftangriffe sei das „Notfallschutzsystem“ ausgelöst und einer der Atomreaktoren heruntergefahren worden.

Die Kampfhandlungen halten seitdem an. Beide Seiten beschuldigen sich, Verursacher der Artilleriebeschüsse zu sein und damit terroristische Anschläge auf das AKW zu planen. Die Sprengung des nahegelegenen Kachowka-Staudamms spitzte

die Lage weiter zu: Das Wasserreservoir dient der kontinuierlichen Befüllung des Kühlungsreservoirs am AKW. Im Juli 2023 haben Expert*innen der Internationalen Atomenergieorganisation IAEA Minen am AKW entdeckt. So sind das AKW und seine Sicherheit zu einem Faustpfand im Ukrainekrieg geworden. Die Gefahr der Kernschmelze im AKW wächst. Doch die Menschen in der Ukraine und in den angrenzenden Ländern Europas haben ein Recht darauf, von nuklearer Verseuchung verschont zu bleiben.

Diese Situation war der Ausgangspunkt dafür, dass alle IPPNW-Sektionen einen Auftrag an Dr. Nikolaus Müllner vom Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften (Universität für Bodenkultur, Wien) gaben, um die Auswirkungen und Verbreitung der Kontamination durch eine Kernschmelze am AKW Saporischschja zu beschreiben. In Wien sollte während der zweiwöchigen Vorbereitungs-konferenz zum NVV (Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen) eine internationale Pressekonferenz zur Studie durchgeführt werden. Gleichzeitig sollte die achtköpfige internationale IPPNW Delegation auf der Konferenz Lobbyarbeit bei den Delegierten machen.

Das Ziel: Die Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrages sollten in ihrer Abschlusserklärung eine deutliche Verurteilung jeglicher Angriffe auf Atomanlagen, einschließlich Reaktoren, Lager für abgebrannte Brennelemente und andere kritische Infrastruktur oder Personal beschließen. Atomkraftwerke dürften nicht als Lager für schwere Waffen oder als Stützpunkt für militärisches Personal genutzt werden. Alle Mitgliedsstaaten müssten zudem den Schutz aller Strukturen, Systeme und Komponenten, die für den

sicheren Betrieb der Atomkraftwerke wesentlich sind, verbindlich vereinbaren.

Ergebnisse

Für seine Modellierung nahm Dr. Müllner an, dass es in einem der Reaktoren zu einer Kernschmelze käme und 20 Prozent des radioaktiven Isotops Cäsium-137 aus dem Reaktorkern entweichen würden. Dessen Ausbreitung glichen er und sein Team mit langjährigen Wetterdaten ab. Die Begrenzung auf nur einen Reaktor ergab sich aus der Tatsache, dass es für dieses Szenario schon umfangreiche Datensätze aus früheren Untersuchungen am Institut gab, die Dr. Müllner für diese Kurzstudie nutzen konnte. Eine genauere Auswertung von neuen Berechnungen für den Fall, dass alle sechs Reaktoren von einer Kernschmelze betroffen wären und auch das Abklingbecken für die abgebrannten Brennelemente miteinbezogen wäre, ist für den späten Herbst dieses Jahres geplant.

Generell sind bei einem Angriff auf Atomkraftwerke in Kriegssituationen zwei unterschiedliche Szenarien zu unterscheiden: Ein militärischer Angriff mit dem Ziel, das Atomkraftwerk zu zerstören oder ein militärischer Angriff mit dem Ziel, das Atomkraftwerk zu kontrollieren. Im Ukrainekrieg ist das Ziel offensichtlich die Kontrolle des AKW, nicht dessen Zerstörung.

In seiner Studie stellte Dr. Müllner die Kontamination mit Cäsium 137 für zwei Zonen vor: 1.480 KBq/m² (entsprechend der Sperrzone bzw. Evakuierungszone in Tschernobyl) und 185 KBq/m² (entsprechend der Zone von hoher Kontamination, wo nach Tschernobyl landwirtschaftliche Produktion nicht mehr möglich war). Zur



IAEA Imagebank / CC BY 2.0

SEPTEMBER 2022: DIE IAEO INSPIZIERT DAS BESCHÄDIGTE AKW SAPORISCHSCHJA



IAEA Imagebank / CC BY 2.0

Sperrzone würde nach seinen Berechnungen eine Zone mit mindestens 30 km Entfernung rund um das AKW gehören. Mit geringerer Wahrscheinlichkeit könnte sich diese Zone in gewissen Richtungen bis zu 200 Kilometer erstrecken. In diesem Fall müsste auch dort eine Evakuierung der betroffenen Bevölkerung organisiert werden – im Krieg wohl kaum möglich.

Von der ausgeprägten Cäsium-Kontamination mit 185 KBq wären mit hoher Wahrscheinlichkeit die Ukraine sowie Nachbarländer wie Russland oder Moldau betroffen. Mit einer niedrigeren Wahrscheinlichkeit von 1:100 bis 3:100 könne es zu solchen Folgen auch in Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn oder Rumänien kommen. Dies hätte katastrophale Folgen für Millionen in diesem Radius lebenden Menschen – und die Landwirtschaft, deren Erzeugnisse dadurch auf dem Binnen- und Weltmarkt fehlen.

In unserer IPPNW-Präsentation und in den Lobbygesprächen fokussierten wir auf die Auswirkungen solch schwerer Kontamination auf Umwelt und Gesundheit. Denn jede Kernschmelze, ob durch militärische Aktivitäten verursacht oder in Friedenszeiten durch technische Sicherheitsdefizite bedingt, führt zu schweren dauerhaften Schäden für die Umwelt und die menschliche Gesundheit.

Eine Kernschmelze im AKW Saporischschja ist am ehesten mit der Fukushima-Kernschmelze zu vergleichen. Dort dauerte es 26 Tage, bis die Kernschmelze unter Kontrolle gebracht werden konnte – in Frie-

denszeiten. Wie lange es in einem Kriegsgebiet dauern würde, ist nicht einzuschätzen. Eine Cäsium-Kontamination alleine über der Ukraine würde die Landwirtschaft und damit die Ernährung der ukrainischen Bevölkerung zunichtemachen, ganz zu schweigen von dem Stopp der landwirtschaftlichen Exporte. Inwieweit eine Hungersnot für die Bevölkerung verhindert bzw. eingedämmt werden könnte, ist nicht abzusehen. Die zu erwartenden gesundheitlichen Schäden betreffen Leukämie und andere nichtmaligne Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. Erhebliche Störungen bei Schwangerschaft und Geburt mit schweren Missbildungen und ein Anstieg von Krebserkrankungen sowie Herz-/Kreislaufkrankungen bei Erwachsenen wären die Langzeitfolgen.

Bezüglich unserer Lobbyarbeit mit den Delegierten stießen wir dieses Jahr auf der NPT PrepCom auf großes Interesse und Wohlwollen. Der Co-Präsident der IPPNW, Carlos Umaña, forderte die Vertragsstaaten in einer allgemeinen Erklärung auf, „die Verwundbarkeit von Atomreaktoren als militärische Ziele“ anzuerkennen und das „Prinzip der Ausweisung von entmilitarisierten Zonen um alle Atomkraftwerke einzuführen.“ Denn die Gleichgültigkeit gegenüber den Risiken von Atomwaffen und Atomenergie bedrohe alle drei Säulen des Nichtverbreitungsvertrages, so Umaña.

So gesehen ist es ein Erfolg, dass unser Appell an die Delegierten im zusammenfassenden Dokument und noch deutlicher in der Stellungnahme des Vorsitzenden

der Konferenz aufgenommen wurde. Leider konnte sich das Vorbereitungskomitee der Konferenz jedoch nicht auf ein gemeinsames Abschlussdokument einigen, wie es auch schon 2022 der Fall war.

„Saporischschja ist eine Karte in einem perfiden Erpressungsspiel“, fasst die Wissenschaftsjournalistin Dagmar Röhrlich im Deutschlandfunk die verfahrenere Lage zusammen. Ihr zufolge steht zu befürchten, dass Atomanlagen in Zukunft zu einem legitimen Ziel der Kriegsführung werden könnten. Damit das nicht passiert, treten viele IPPNW-Sektionen der Nutzung von Atomenergie entschieden entgegen – im Rahmen ihrer Lobbytätigkeiten, ihrer Kampagnen und bei internationalen Protestaktionen an allen Teilen der nuklearen Lieferkette.

Quellenangaben zu diesem Artikel finden Sie unter: ipnw.de/bit/akw-im-krieg



Dr. Angelika Claußen ist Co-Vorsitzende der deutschen IPPNW.



21.-26. SEPTEMBER 2023

Jetzt erst recht!

Politische Aktionswoche für das Atomwaffenverbot vom 21.-26. September 2023

Rund 650 deutsche Abgeordnete im Europaparlament, dem Bundestag und den Landtagen haben die ICAN-Abgeordnetenerklärung für ein Atomwaffenverbot unterzeichnet. Seit dem Ukrainekrieg stagniert diese Zahl leider, da viele Politiker*innen bei diesem Thema Berührungsängste entwickelt haben. Wir wollen diese Stagnation durchbrechen und mehr Abgeordnete motivieren, sich der Erklärung anzuschließen. Dafür wollen wir sowohl die Abgeordneten ansprechen, die wir noch nicht erreicht haben, als auch die, die bereits unterzeichnet haben und die uns bei unserem Anliegen unterstützen können.

Unsere Botschaft: Jetzt erst recht ist es wichtig, das Atomwaffenverbot zu stärken, auf dem Weg zur Abschaffung aller Atomwaffen! Seit über einem Jahr erleben wir explizite Drohungen mit Atomwaffen durch Politiker*innen und Medienschaffende in Russland. Gleichzeitig werden in Deutschland fast ohne Debatte enorme Geldsummen für eine massive Aufrüstung bereitgestellt. Der Atomwaffenstandort Büchel wird für die neuen F-35-Tarnkappenbomber und die B61-12-Atombomben umgebaut, um notfalls taktische Atomwaffen einsetzen zu können. Die nukleare Teilhabe wird auch durch die neue Nationale Sicherheitsstrategie bekräftigt.

Alle Gespräche über Rüstungskontrolle sind durch den Ukrainekrieg gelähmt, und die mühsam aufgebaute Sicherheitsarchitektur Europas bröckelt zusehends. Wenn wir jetzt nichts tun, wann dann? Wir laden Euch ein, mit uns zwischen dem Internationalen Friedenstag (21.09.) und dem Internationalen Tag zur Abschaffung aller Atomwaffen (26.09.) aktiv zu werden. Es gibt mehrere Möglichkeiten, mitzumachen:

1. Fragt einen Gesprächstermin mit Abgeordneten aus Eurem Wahlkreis an – im Zeitraum 21.-26. September 2023 oder danach. Die Landtagsabgeordneten und Europaparlamentarier*in-

nen sind in diesem Zeitraum erreichbar. Bei den Bundestagsabgeordneten kann man in der Woche davor (11.-15. September 2023) einen Termin im Wahlkreis verabreden, da sie anschließend Sitzungswochen in Berlin haben.

2. Auch ein Telefonat oder ein Online-Treffen ist machbar, wenn man nicht zu einem persönlichen Termin fahren kann.

3. Ihr könnt in der Aktionswoche auch eine E-Mail an Abgeordnete schicken und sie darum bitten, die Erklärung zu unterzeichnen. Wir schicken Euch gerne Formulierungsvorschläge.

4. Abgeordnete, die bereits unterschrieben haben, können wir bitten, ihre Kolleg*innen anzusprechen und zu überzeugen, dass sie auch unterschreiben. Oder wir bitten sie, die Erklärung zu bekräftigen, z. B., indem sie öffentlich klarstellen, Deutschland solle sich an der Vertragsstaatenkonferenz beteiligen und Partnerstaaten dazu ermutigen, dies ebenso zu tun.

5. Über Social Media können Abgeordnete angefragt werden, ob sie dabei sind.

Wenn Ihr bei der politischen Aktionswoche mitmachen wollt, sagt uns Bescheid, schaut unseren Leitfaden an, um herauszufinden, wer Eure Abgeordneten im Europaparlament, Bundestag oder Landtag sind und wie man mit Ihnen in Kontakt kommt. Ihr erhaltet von uns eine Argumentationshilfe für das Gespräch.

Macht mit! Jetzt erst recht – es ist an der Zeit, den Atomwaffenverbotsvertrag zu stärken!

Den Leitfaden findet Ihr unter:
nuclearban.de/jetzt-erst-recht



Xanthe Hall ist Referentin für Atomwaffen und Geschäftsstellenleiterin der deutschen IPPNW.



Nowaja Semlja, Russland

Aus der Insel Nowaja Semlja wurden ab 1954 atmosphärische und unterirdische Atomtests durchgeführt

Hintergrund

Im Juli 1954 erklärte die Sowjetunion Nowaja Semlja („Neues Land“) an der russischen Arktikküste zum Versuchsgelände für Atomwaffen. Die indigene Bevölkerung der Nenzen wurde umgesiedelt, die Inseln in Testzonen unterteilt. Zwischen 1955 und 1990 war Nowaja Semlja Schauplatz von 130 Atomtests, einschließlich der „Zar-Bombe“, der zerstörerischsten Atombombe aller Zeiten, fast 4.000-mal so stark wie die Hiroshima-Bombe. Die Detonation dieser Bombe allein führte zur Zerstörung der Inseloberfläche in einem Radius von 100 km und zu radioaktivem Niederschlag über der gesamten nördlichen Hemisphäre.

Aber auch die Verkipfung von Atommüll rund um die Insel ist Teil der Umweltkatastrophe in Nowaja Semlja. Gemeinsam mit dem radioaktiven Niederschlag der weltweiten Atomwaffentests und dem kontinuierlichen Austritt strahlender Abfälle aus den Aufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield trägt vor allem der Atommüll rund um Nowaja Semlja zur radioaktiven Verschmutzung der Nordsee und des Nordpolarmeers bei. Die Atomreaktoren 13 sowjetischer U-Boote wurden entlang der Küste von Nowaja Semlja in die Kara- und Barentssee abgeladen.

Folgen für Umwelt und Gesundheit

Zusammen mit dem radioaktiven Niederschlag durch die atmosphärischen Testreihen führte dies zur radioaktiven Kontamination großer Teile Europas, vor allem in Finnland, wo Jod-131 in Konzentrationen von bis zu fünf Millibecquerel pro Kubikmeter gemessen wurde, und Norwegen mit Konzentrationen von Jod-131 von bis zu 1,37 mBq/m³ und Fällungen von radioaktiv verseuchten Milchproben. Jod-131 ist eine bekannte Ursache von Schilddrüsenkrebs, insbesondere bei Kindern. Die indigene Bevölkerung der Region rund um Nowaja Semlja nahm sogar noch höhere Dosen Radioaktivität auf. Neben den zwangsumgesiedelten Nenzen war vor allem das halb-nomadische Volk der Samen besonders stark durch die Strahlenbelastung betroffen, aber auch die Wepsen, Karelier und Komi, die entlang der russischen Nordmeerküste leben. Die radioaktive Kontamination von Flechten, dem Hauptbestandteil der Ernährung von Rentieren, mit strahlenden Partikeln kann schwerwiegende Folgen für die Menschen der Region haben, die auf die Rentiere als Nahrungsquelle angewiesen sind. Wie in anderen Fällen, in denen eine indigene Bevölkerung von radioaktivem Niederschlag und Kontamination betroffen war, führte die Sowjetunion auch an der Bevölkerung rund um Nowaja Semlja keine epidemiologischen Studien durch, die das Ausmaß der gesundheitlichen Effekte untersuchen könnten.

Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass Norwegen nur etwa 900 km von Nowaja Semlja entfernt liegt, ist die norwegische Regierung sehr beunruhigt über die Atommüllkatastrophe, die auf und um die Insel stattfindet. Die für den norwegischen Fischfang so wichtige Barentssee wurde durch radioaktiven Niederschlag schwer verseucht und ist in ständiger Gefahr, durch überlaufende radioaktive Mülldeponien, versenkte Atomreaktoren, atomare U-Bootwracks und strahlenden Abfall von Marinestützpunkten und -werften noch weiter kontaminiert zu werden. Überwachung und Verwaltung dieser von radioaktiver Verseuchung betroffenen Region ist mittlerweile eine internationale Aufgabe, doch bislang wurde wenig unternommen, um die Gefahren einzudämmen geschweige denn die Gesundheitseffekte auf die Menschen vor Ort zu untersuchen. Auch sie leiden unter den Folgen von Atomwaffen. Auch sie sind Hibakusha.

Nowaja Semlja, Russland

Atomwaffentests

Ab 1954 wurde die Insel Nowaja Semlja von der Sowjetunion zur Durchführung atmosphärischer und unterirdischer Atombombentests benutzt. Zusätzlich wurde die Umgebung der radioaktiv verseuchten Insel zum Friedhof für ausrangierte Nuklearwaffen und Atom-U-Boote, die das ökologische Desaster vervollständigten.



Hintergrund

Im Juli 1954 erklärte die Sowjetunion Nowaja Semlja („Neues Land“) an der russischen Arktikküste zum Versuchsgelände für Atomwaffen. Die indigene Bevölkerung der Nenzen wurde umgesiedelt, die Inseln in Testzonen unterteilt. Zwischen 1955 und 1990 war Nowaja Semlja Schauplatz von 130 Atomtests, einschließlich der „Zar-Bombe“, mit 50 Megatonnen TNT-Äquivalent die zerstörerischste Atombombe aller Zeiten, fast 4.000-mal so stark wie die Hiroshima-Bombe. Die Detonation dieser Bombe allein führte zur Zerstörung der Inseloberfläche in einem Radius von 100 km und zu radioaktivem Niederschlag über der gesamten nördlichen Hemisphäre.

Aber auch die Verkipfung von Atommüll rund um die Insel trägt zu der Umweltkatastrophe bei. Die Atomreaktoren 13 sowjetischer U-Boote mit einer Gesamttonnenleistung von bis zu 27 MW (MW = Megawatt) wurden entlang der Küste von Nowaja Semlja in die Kara- und Barentssee abgeladen. Die beiden Fyrisch-Arktische und Spitzbergen im Süden Nowaja Semjas sind die am stärksten kontaminierten Orte.¹

Folgen für Umwelt und Gesundheit

Wissenschaftliche Expeditionen ergaben erhöhte Werte der radioaktiven Partikel Cäsium-137 (Strahlung: 90, Cäsium-134 und Plutonium-239 und -240 in Sedimenten nahe der Erde, die für die Ernte von Spitzbergen Milch genutzt wurden.² Eine russische Studie aus dem Jahr 1990 zeigte zudem fest, dass in 97 bis 97,6 % der unterirdischen Atombombentests radioaktive Gase durch Risse in der Spitzensphäre der Insel ausgetreten waren.³ Gemeinsam mit dem radioaktiven Niederschlag durch die atmosphärischen Testreihen führte dies zur radioaktiven Kontamination großer Teile Europas, vor allem in Finnland, wo Jod-131 in Konzentrationen von bis zu fünf Millibecquerel pro Kubikmeter gemessen wurde, und Norwegen mit Konzentrationen von Jod-131 von bis zu 1,37 mBq/m³ und Fällungen von radioaktiv verseuchten Milchproben.⁴ Jod-131 ist eine bekannte Ursache von Schilddrüsenkrebs, insbeson-

ders bei Kindern. Die indigene Bevölkerung der Region rund um Nowaja Semlja nahm sogar noch höhere Dosen Radioaktivität auf. Neben den zwangsumgesiedelten Nenzen war vor allem das halb-nomadische Volk der Samen besonders stark durch die Strahlenbelastung betroffen, aber auch die Wepsen, Karelier und Komi, die entlang der russischen Nordmeerküste leben. Die radioaktive Kontamination von Flechten, dem Hauptbestandteil der Ernährung von Rentieren, mit strahlenden Partikeln kann schwerwiegende Folgen für die Menschen der Region haben, die auf die Rentiere als Nahrungsquelle angewiesen sind.⁵ Wie in anderen Fällen, in denen eine indigene Bevölkerung von radioaktivem Niederschlag und Kontamination betroffen war, führte die Sowjetunion auch an der Bevölkerung rund um Nowaja Semlja keine epidemiologischen Studien durch, die das Ausmaß der gesundheitlichen Effekte untersuchen könnten.

Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass Norwegen nur etwa 900 km von Nowaja Semlja entfernt liegt, ist die norwegische Regierung sehr beunruhigt über die Atommüllkatastrophe, die auf und um die Insel stattfindet. Die für den norwegischen Fischfang so wichtige Barentssee wurde durch radioaktiven Niederschlag schwer verseucht und ist in ständiger Gefahr, durch überlaufende radioaktive Mülldeponien, versenkte Atomreaktoren, atomare U-Bootwracks und strahlenden Abfall von Marinestützpunkten und -werften noch weiter kontaminiert zu werden. Überwachung und Verwaltung dieser von radioaktiver Verseuchung betroffenen Region ist mittlerweile eine internationale Aufgabe, doch bislang wurde wenig unternommen, um die Gefahren einzudämmen geschweige denn die Gesundheitseffekte auf die Menschen vor Ort zu untersuchen. Auch sie leiden unter den Folgen von Atomwaffen. Auch sie sind Hibakusha.

Quellen

1. "The Arctic Circle: A Guide to the Arctic Region". Arctic Circle. 2018. S. 10-12.
2. "Radioactive Contamination of the Arctic Region". Arctic Circle. 2018. S. 13-15.
3. "Radioactive Contamination of the Arctic Region". Arctic Circle. 2018. S. 16-18.
4. "Radioactive Contamination of the Arctic Region". Arctic Circle. 2018. S. 19-21.
5. "Radioactive Contamination of the Arctic Region". Arctic Circle. 2018. S. 22-24.

Dieser Text ist ein Ausschnitt aus der IPPNW-Posterausstellung „Hibakusha Weltweit“. Die Ausstellung zeigt die Zusammenhänge der unterschiedlichen Aspekte der Nuklearen Kette: vom Uranbergbau über die Urananreicherung, zivile Atomunglücke, Atomfabriken, Atomwaffentests, militärische Atomunfälle, Atombombenangriffe bis hin zum Atommüll und abgereicherter Uranmunition. Sie kann ausgiehnen werden. Weitere Infos unter: www.hibakusha-weltweit.de

Hier in Nörvenich sind derzeit die Atom-
bomber der Bundeswehr stationiert:
Sitzblockade vor einer Zufahrt zur Airbase.





Weitere Fotos in der Flickr-Galerie:
www.flickr.com/photos/ippnw/albums

Atombomber – nein danke!

— ICAN- und IPPNW-Aktionscamp nahe der Airbase Nörvenich —

Im Juli 2023 fand das IPPNW und ICAN-Zukunftscamp für atomare Abrüstung und Klimaaktion in Düren, in der Nähe der Airbase Nörvenich statt. Über sechs Tage nahmen über 100 Personen an der Aktionswoche teil, um friedlich gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland zu protestieren sowie den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotvertrag und die verpflichtende Einbeziehung der CO₂-Emissionen von Militär und Rüstungsindustrie in die UN-Klimaberichte zu fordern. Das Zukunftscamp fand dieses Jahr erstmals nicht in Büchel, sondern in Düren, in der Nähe des Fliegerhorstes Nörvenich statt. Dort trainiert die Bundeswehr aktuell den Einsatz von Atomwaffen mit dem Trägerflugzeug „Tornado“. Neben den Protestaktionen und Mahnwachen bot das einwöchige Camp ein umfangreiches Workshop- und Weiterbildungsprogramm. Eine Theaterperformance, Konzerte und vielfältige Gelegenheiten zum Austausch rundeten das Programm ab. Neben den beiden Nobelpreisträgerorganisationen IPPNW und ICAN wurde die Aktionswoche von einem breiten Bündnis getragen. Beteiligt waren unter anderem der BUND NRW, das Netzwerk Friedenskooperative, Greenpeace, attac, die Informationsstelle Militarisation und das Hambicamp 2.0. **Mehr im Forum intern auf S. 12f**



Unterminiert die nukleare Teilhabe den Nichtverbreitungsvertrag?

Intensive Diskussionen auf der NPT Prepcom in Wien

Bei der NPT Prepcom, der jährlichen Konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (NVV) in Wien war die nukleare Teilhabe ein oft angesprochenes Thema. Denn Russland hat von den USA die Praxis der nuklearen Teilhabe übernommen, indem es Atomwaffen im Nachbarland Belarus stationiert und belarussisches Militärpersonal ausbildet, diese einzusetzen. Für viele Mitgliedsstaaten des NVV ist diese Praxis unerträglich, egal von wem sie durchgeführt wird, weil sie Artikel 1 und 2 des Nichtverbreitungsvertrages untergräbt, die die Weitergabe von Atomwaffen verbieten.

Der russische Präsident Putin plant nach eigenen Angaben, bis Ende des Jahres taktische Atomwaffen in Belarus zu stationieren. Hans Kristensen von der US-amerikanischen Federation of American Scientists und andere Expert*innen stellen diese Behauptung allerdings in Frage. Noch sei nichts auf den Satellitenbildern zu sehen, auch keine Transporte von Atombomben aus dem zentralen Lager. Dennoch ist das kein Grund zur Beruhigung. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko lädt andere Staaten ein, dem „Unionsstaat“ von Russland und Belarus beizutreten. „Es gibt Atomwaffen für alle“, prözt er.

Kritiker*innen haben seit Langem davor gewarnt, dass die nukleare Teilhabe als Praxis der NATO nachgeahmt werden könnte. Belarus ist somit der sechste nukleare „Teilhabestaat“ – auf Englisch „host state“. Bei der NATO sind es Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und die Türkei. Polen bietet sich oft und lautstark als Stationierungsort für die US-Atombomben an.

Die Stationierung von Atomwaffen auf fremden Territorien ist nichts Neues und wurde früher auch vom Warschauer Pakt praktiziert (u. a. in Polen, Ungarn und der DDR). Es gibt wenig Informationen darüber, da das Thema nicht öffentlich diskutiert wurde. Allerdings zeigen Bilder von damals beispielsweise, wie polnisches Personal mit sowjetischen Atomwaffen hantierte. Es ist davon auszugehen, dass eine Art „nukleare Teilhabe“ auch in diesen Ländern praktiziert wurde. Die Zahl der Atombomben und die Orte der Stationierung bleiben bis heute offiziell geheim. Viele Informationen sind durch die Deklassifizierung von Dokumenten in den USA ans Licht gekommen. Im Artikel „Bombs Away“ von

Moritz Kütt, Zia Mian und Pavel Podvig, erschienen im Bulletin of Atomic Scientists, wird diese Geschichte erläutert. Die Zahl der US-Atomwaffen in Europa lag 1971 bei 7.300, heute wird sie auf ca. 150 geschätzt. Mit der gerade stattfindenden Stationierung der neuen B61-12 reduziert sich diese Zahl wahrscheinlich noch einmal auf 100. Auch wenn der Zahl in den letzten 50 Jahren massiv reduziert wurde, darf man nicht glauben, dass die US-Atomwaffen in Europa heute zu vernachlässigen sind. Ein Blick in das NATO-Communiqué von Vilnius zeigt, dass Atomwaffen wieder an Bedeutung gewinnen:

„Das nukleare Abschreckungsdispositiv der NATO beruht auch auf vorwärtsdislozierten Kernwaffen der Vereinigten Staaten in Europa. Die nationalen Beiträge der betreffenden Verbündeten an Flugzeugen mit dualer Einsatzfähigkeit sowie die Bereitstellung von konventionellen Streitkräften und Militärkapazitäten zur Unterstützung des nuklearen Abschreckungsauftrags der NATO bleiben bei dieser Anstrengung von zentraler Bedeutung.“

Weiter heißt es: „Die NATO wird alle erforderlichen Schritte unternehmen, um die Glaubwürdigkeit, die Wirksamkeit und die Sicherheit des nuklearen Abschreckungsauftrags zu gewährleisten. Dies beinhaltet die fortgesetzte Modernisierung der nuklearen Fähigkeit der NATO und die Aktualisierung der Planungen zur Erhöhung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der nuklearen Kräfte des Bündnisses bei gleichzeitiger Ausübung einer starken politischen Kontrolle zu jeder Zeit. Das Bündnis bekräftigt die Notwendigkeit, die größtmögliche Teilhabe der betreffenden Verbündeten an den NATO-Vereinbarungen zur Lastenteilung im Nuklearbereich zu gewährleisten, um die Einheit und Entschlossenheit des Bündnisses zu zeigen.“ (NATO Vilnius Summit Communiqué vom 11.07.2023)

Viele NVV-Mitgliedsstaaten haben sich in Wien über die Praxis der nuklearen Teilhabe beklagt. Die Niederlande behaupteten jedoch, früher habe niemand Kritik an der nuklearen Teilhabe der NATO geübt – sie sei bis 2015 von allen akzeptiert worden. Ägypten antwortete, dass die Blockfreien Staaten, die Arabische Gruppe, die Afrikanische Gruppe sowie einzelne Regierungen immer wieder eine klare Position gegen eine Politik und Praxis der „erweiterten nuklearen Abschreckung“ kundgetan hätten.

Die New Agenda Coalition, eine Gruppe von Staaten für eine neue Abrüstungsagenda, erklärte, die Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium von Nicht-Atomwaffenstaaten sei einer der Faktoren, die das schwierige internationale Umfeld verschärften. Südafrika argumentierte, die Stationierung von Atomwaffen auf fremdem Territorium und die Ausbildung verbündeter Streitkräfte im Umgang mit diesen Waffen, sei unvereinbar „mit dem Geist und den Zielen, wenn nicht gar dem Wortlaut“ des NVV.

Auf der NATO-Seite argumentierte Deutschland am ersten Tag der Konferenz, an dieser Praxis sei nichts falsch, einzig Russland sei hier zu kritisieren: „Die Stationierung taktischer Atomwaffen in Belarus ist unverantwortlich und verschärft Spannungen. Russlands Vorgehen untergräbt die Bemühungen um die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Vergleiche mit den NATO-Abkommen über die gemeinsame Nutzung von Kernwaffen sind irreführend. Keine Atomwaffen sind in den Ländern des ehemaligen Ostblocks stationiert. Die Vereinbarungen der NATO über die gemeinsame Nutzung von Kernwaffen waren und sind im Einklang mit dem NVV. Sie bestanden lange vor dem Inkrafttreten des NVV 1970, so dass sich die NATO-Vereinbarungen nahtlos in die Architektur des Vertrages integriert werden konnten.“ Der NVV bleibe nach wie vor der einzige glaubwürdige Weg zur nuklearen Abrüstung“, so der deutsche Botschafter Dr. Götz Schmidt-Bremme.

ICAN-Vertreterin Elisabeth Saar (Deutschland) widersprach auf der Konferenz entschieden: „Wenn die betroffenen Vertragsstaaten nicht umgehend Maßnahmen ergreifen, um diese Praxis zu beenden, sollten die Mitglieder des NVV auf der nächsten Überprüfungs-konferenz durch Abstimmung über die Unzulässigkeit der nuklearen Teilhabe im Rahmen des NVV entscheiden. Diese Praxis steht im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien des Vertrages und stellt eine Bedrohung für das gesamte Regelwerk dar.“

Der einzige völkerrechtlich verbindliche Vertrag, der die Stationierung von Atomwaffen auf fremden Territorien explizit verbietet, ist der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), der 2021 in Kraft getreten ist und inzwischen von 96 Regierungen unterzeichnet wurde – also von knapp der Hälfte der Staaten. Der AVV bietet den Teilhabestaaten einen Weg, aus ihrer Co-Abhängigkeit zu kommen. Nach einer Unterzeichnung muss ein Staat binnen 90 Tagen alle Atomwaffen abziehen lassen.

Willkommen wäre natürlich eine generelle Aussage der Vereinten Nationen, dass die Stationierung von Atomwaffen auf fremden Territorien eine Bedrohung des internationalen Friedens sei, wie Kütt et al. in ihrem Artikel deutlich machen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass Russland oder die USA diese Aussage



DAS TEAM VON ICAN UND IPPNW BEI DER NPT PREPCOM

unterschreiben würden. China hingegen positioniert sich immer wieder deutlich gegen die Praxis der nuklearen Teilhabe. Die chinesische Regierung befürchtet nämlich, dass die USA wieder Atomwaffen nach Asien verlegen könnten.

Der Vorsitzende der Konferenz schrieb in seiner Zusammenfassung: „Es wurde Besorgnis über die Praxis der Stationierung von Kernwaffen im Hoheitsgebiet von Nichtkernwaffenstaaten, die Vereinbarkeit dieser Praxis mit den Artikeln (...) des Vertrags und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden (...) geäußert“. Allerdings schrieb er auch, dass die Auffassung vertreten wurde, diese Praxis bestehe seit langem und sei mit dem Vertrag vereinbar. Auch die russisch-belarussischen Pläne „zur Stationierung von Kernwaffen in einem Nicht-Kernwaffenstaat, der zuvor Kernwaffen aus seinem Hoheitsgebiet abgezogen hatte“, seien mit Besorgnis zur Kenntnis genommen worden. Die Abschlusserklärung wurde jedoch nicht verabschiedet, da Iran mit einer Passage zu seinem Atomprogramm nicht einverstanden war. Sie widerspiegelt jedoch treffend den Stand der Diskussion. Wir sind weit entfernt von einer deutlichen Verurteilung der Praxis der nuklearen Teilhabe, was mehr als enttäuschend ist.

Ausführliche Dokumente von der NPT Prepcom finden Sie hier: reachingcriticalwill.org/disarmament-fora/npt/2023



Xanthe Hall ist IPPNW-Referentin für Atomwaffen.



„Wir sind Überlebende und Aktivisten“

Bericht von Atomtest-Überlebenden der dritten Generation auf dem IPPNW-Jahrestreffen in Berlin

Nach den Atombomben, die die USA auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen hatten, wollte die US-Regierung die Entwicklung von Atomwaffen fortsetzen und sie noch leistungsfähiger machen. Sie brauchten einen Ort, wo sie Atomwaffen entwickeln konnten. So kam es, dass Präsident Truman im Januar 1946 die Marshallinseln als Atomtestgelände auswählte, insbesondere die Atolle Bikini und Eniwetok. Im Februar 1946 schickte Truman die US-Marine nach Bikini, um die Menschen dort zu überzeugen, ihre Heimat für Atomwaffentests aufzugeben. Es sei Gottes Wille und diene dem Wohle der Menschheit, diese Atomwaffen in ihrer Heimat zu testen. Schon im Juli 1946 wurde der erste Test durchgeführt. Am 1. März 1954 fand der Test Castle Bravo statt, der größte Sprengsatz, den die USA auf Bikini getestet haben – mit der tausendfachen Stärke der Hiroshimabombe. Er hinterließ einen riesigen Krater und pulverisierte drei Inseln, die als Asche niederrieselten.

Die gesundheitlichen Auswirkungen waren Verbrennungen, Haarausfall und viele andere strahlenbedingte Krankheiten. Die Frauen brachten sogenannte Quallenbabys zur Welt – Babys ohne Arme, ohne Beine, ohne Augen und natürlich mit weiteren Krankheiten. (...) Es waren nicht nur Marshall*innen von Castle Bravo betroffen: Als die Detonation stattfand, befanden sich 23 japanische Fischer auf dem Boot „Lucky Dragon“ in der Nähe der Marshallinseln. Sie kehrten schwer strahlenkrank nach Japan zurück. Dort kannte man sich mit den Auswirkungen von Atomwaffen bereits aus und wusste, unter was für Symptomen die Männer litten. Der japanische UN-Botschafter stellte die USA bloß, indem er gegen den erneuten Einsatz von

Atomwaffen durch die USA protestierte. Wäre Japan nicht gewesen, hätte die Welt nichts von Castle Bravo und den Aktivitäten der USA auf den Marshallinseln erfahren.

1954 und 1956 schickte die Führung der Marshallinseln Petitionen an die UN, in der sie die USA aufforderten, die Menschen in sicherere Gebiete umzusiedeln oder aber das Atomwaffenprogramm einzustellen. Die USA waren jedoch überzeugt, eine solche Petition könne nur aus der UdSSR kommen. Zwischen 1954 und 1958 führten sie 55 weitere Atomtests auf den Marshallinseln durch. Insgesamt haben sie 67 Atomwaffen getestet, deren Sprengkraft 7.200 Hiroshima-Bomben entspricht. Fünf Tage nach Castle Bravo führten die USA eine geheime medizinische Studie namens „Projekt 4.1“ an den Marshall*innen durch – ohne deren Wissen oder Zustimmung. Diese gingen von einer medizinischen Behandlung aus, während die USA die Auswirkungen ihrer Atomwaffen auf die Menschen erforschen wollten.

Die USA behaupteten, nur vier Atolle wären von ihrem Atomtestprogramm betroffen. In den 90er Jahren wurde dann ein Dokument der Regierung Clinton öffentlich: „Radioactive debris from Operation Castle“. Es belegt, dass das ganze Land dem nuklearen Fallout ausgesetzt war, nicht nur vier Atolle. Nach der Veröffentlichung beantragten die Marshall*innen beim Kongress der USA eine zusätzliche Entschädigung für nukleare Schäden. Artikel 177 des Compact of Free Association (COFA), legt fest, dass sich die Marshall*innen an die USA wenden können, um mehr Unterstützung zu erbitten, wenn neue Informationen über das Atomprogramm auftauchen. Unglücklicherweise haben die USA unsere Petition abgelehnt.

Bevor es den Compact of Free Association gab, standen die Marshallinseln unter einem Vertrag, der sich „Trust Territory of the Pacific Islands“ nannte. Er wurde zwischen den USA und der UN geschlossen. Damit wurde die Nutzung der Marshallinseln durch die USA für Atomwaffentests so gut wie festgeschrieben. Eine der Bedingungen dieses Abkommens war, dass die USA für die Gesundheit und das Wohlergehen der Bevölkerung sorgen und die Infrastruktur des Landes entwickeln sollten – das taten sie aber nicht. Sie waren damit beschäftigt, Milliarden von Dollar für die Entwicklung von Atomwaffen auszugeben und die Umwelt und Gesundheit der Menschen zu zerstören. Das Atomprogramm endete 1958, doch ein Jahr später begannen die USA, Interkontinentalraketen zu testen, die von der Vandenberg Airbase in Kalifornien auf die Marshallinseln geflogen wurden. Diese Tests finden bis heute statt.

Der Pachtvertrag für den US-Militärstützpunkt auf den Marshallinseln läuft 2066 aus, mit der Option, ihn um weitere 20 Jahre zu verlängern. 1979 erklärten die Marshallinseln ihre Unabhängigkeit. Die USA haben unsere Souveränität nicht anerkannt, weil sie befürchteten, die Marshallinseln könnten sie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verklagen. So zwangen sie unsere Regierung 1986, den „Compact of Free Association“ zu unterzeichnen, der alle Rechtsstreitigkeiten wegen nuklearer Schäden beendete – aber nur in den vier Atollen, die die USA als betroffene Atolle anerkennen. Nach der Unterzeichnung wurde gemäß Absatz 177 des Abkommens ein Treuhandfonds eingerichtet – das „Nuclear Claims Tribunal“ verwaltete 150 Millionen US-Dollar für die vier Atolle. Diese 150 Millionen sind natürlich nicht ausreichend: Sie reichen nicht



DER RUNIT DOME, EIN 8 METER HOHER BETONSARKOPHAG AUF DER INSEL RUNIT



MITGLIEDER DER MARSHALLESE EDUCATION INITIATIVE ZU GAST IN BERLIN – 11. JUNI 2023

aus, um den auf den Marshallinseln noch vorhandenen Atommüll zu entsorgen. Sie reichen nicht aus, um die hohe Strahlenbelastung und die generationenübergreifenden Gesundheitsprobleme zu bewältigen, mit denen wir heute noch konfrontiert sind. Das jetzige Abkommen läuft im September 2023 aus. Wir hoffen jedoch, dass der nächste Vertrag das nukleare Erbe umfassend und fair behandeln wird. (...)

Wir können nicht über das nukleare Erbe sprechen, ohne die Klimakatastrophe zu erwähnen. Die Marshallinseln liegen zwei Meter über dem Meeresspiegel und laufen Gefahr, noch zu unseren Lebzeiten zu verschwinden. Stürme, Überschwemmungen und Dürren haben an Häufigkeit und Intensität zugenommen – die Klimakrise treibt die Menschen aus dem Land. Wenn die Menschen, vor allem auf den äußeren Inseln, nicht mehr für sich und ihre Familien sorgen können, müssen sie in die Hauptstadt Majuro oder nach Jalein ziehen. Wenn sie dort keine Möglichkeiten finden, haben sie keine andere Wahl, als in die USA umzusiedeln.

Die Zahl der durch Mücken und Wasser übertragenen Krankheiten wie Dengue-Fieber nimmt zu. 2019 haben die Marshallinseln zehn Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Bekämpfung des Dengue-Fiebers ausgegeben. Wir sind also auch in Zukunft mit Problemen konfrontiert, die sich noch zuspitzen werden. Bei einem Anstieg des Meeresspiegels um 0,5 m werden wichtige Teile der Marshallinseln überflutet sein.

Der Runit Dome wurde Ende der 1970er Jahren von den USA auf der Insel Runit (Eniwetok) errichtet. Der Atommüll, der in einem Atomtestkrater gelagert ist, sickert

In Arkansas (USA) gibt es heute die größte Gemeinschaft von Marshallinsulanern außerhalb der Marshallinseln. Die Marshall Islands Educational Initiative (MEI) wurde im Juli 2013 gegründet, um die marshallische Kultur, Geschichte und Gemeinschaft zu fördern. Die verschiedenen kulturellen und sozialen Programme dienen der Gemeinschaft. Viele Marshallinsulaner wurden entweder in den USA geboren oder sind in jungen Jahren in die USA gezogen – deshalb fehlt ihnen das kulturelle Wissen. Die MEI unterstützt die Mitglieder der Gemeinschaft, sich in den USA zu rechtfinden, insbesondere in Arkansas.

in den Boden und entweicht in die Umwelt. Vor drei Jahren habe ich den Architekten des Beton-Sarkophags getroffen. Er sagte mir, die Konstruktion sei nur auf 40 Jahre ausgelegt gewesen. Wissenschaftler*innen haben uns gewarnt, die Struktur könne bei einer Überschwemmung aufbrechen und 88.000 Kubikmeter atomar verseuchten Schutt freisetzen, einschließlich tödlicher Mengen von Plutonium. Das wären etwa 35 Schwimmbecken in Olympiagröße. Es gibt eine Gemeinde, die auf diesem Atoll lebt, 15 Meilen vom Runit Dome entfernt. Die Menschen leben dort, weil ihnen von den USA gesagt wurde, es sei dort sicher. Sie dürfen allerdings nichts essen, was aus dem Meer stammt oder auf ihrem Land angebaut wird. Sie sind also auf Lebensmittel angewiesen, die importiert werden – verarbeitete Lebensmittel, die zu Diabetes, Herzproblemen und anderen atombedingten Krankheiten beitragen.

Bei den Marshallinsulanern gibt es ein Misstrauen gegenüber der westlichen Medizin und Kultur und eine Anfälligkeit für Krank-

heiten wie Covid-19. In unserer Region im Nordwesten von Arkansas machen die Marshallinsulaner drei Prozent der Bevölkerung aus. Doch als uns Covid heimsuchte, handelte es sich bei 50 Prozent der Todesfälle um Marshallinsulaner – wegen der Gesundheitsprobleme, die wir als Atomtest-Überlebende geerbt haben.

Wir sind also nicht nur Überlebende, sondern auch Aktivist*innen. Seit den 1950er Jahren haben wir das Bewusstsein für diese Probleme geschärft. Inspirierende Führungspersonlichkeiten vor uns haben über die Auswirkungen des US-Atomtestprogramms auf ihre Familien berichtet, so etwa Darlene Keju, Lee Jong Nam and Tony de Brum. Diese drei sind leider inzwischen alle an Krebs gestorben.

2014 haben die Marshallinseln mit Hilfe der Nuclear Age Peace Foundation und Global Zero die Atomwaffenstaaten verklagt. Natürlich haben wir die Klage verloren, aber zumindest hat sie zu internationaler Berichterstattung geführt. Der UN-Generalsekretär António Guterres hat sogar über die Notwendigkeit gesprochen, dass sich die USA um ihren Atommüll auf den Marshallinseln kümmern.

Bei diesem Text handelt es sich um einen Auszug aus dem Vortrag von Benetick Kabua Maddison auf dem IPPNW-Jahrestreffen am 11. Juni 2023 in Berlin.

Benetick Kabua Maddison ist Atomtest-Überlebender der dritten Generation und Leiter der Marshall Islands Educational Initiative.



Nuclear Justice und Climate Justice

—Die Verbindung von nuklearem System und Klimakrise liegt in einer ungerechten globalen Weltordnung—

Die atomare Gefahr und der Klimawandel sind die beiden Hauptfaktoren für die Einstellung der Doomsday Clock, denn sie sind die zwei größten existenziellen Gefahren für die Menschheit. Und sie stehen in enger Verbindung zueinander. Der 2022 von der IPPNW aktualisierte Bericht „Nukleare Hungersnot“ zeigt deutlich, welche klimatischen Folgen ein Atomkrieg hätte. Doch auch ohne ihren Einsatz sind Atomwaffen eng mit der Klimakrise verwoben.

So wird nicht nur bei der IPPNW thematisiert, welchen Einfluss das Militär auf den Klimawandel hat. Die enormen Emissionen der Armeen finden sich in keinem nationalen Klimareport. Es gibt hier zwar keine gesonderten Schätzungen für die nukleare Infrastruktur des Militärs, doch die vielen Trägersysteme, die U-Boote und Kampffjets, die Raketentests, die Militärübungen für den Atomwaffeneinsatz: Sie alle tragen zur Erderwärmung bei.

Gleichzeitig sorgt der Klimawandel für mehr Unsicherheiten. Bewohnte Gebiete werden unbewohnbar und die Menschen müssen migrieren, Ressourcen werden knapper und Konflikte wahrscheinlicher. Diese Dynamiken beeinflussen bereits heute die Sicherheitsanalysen von Staaten. Doch anstatt eine konsequente Klimapolitik anzustoßen, werden militärische Abwehrszenarien entwickelt, die wiederum internationale Spannungen provozieren. Hinzu kommen direkte Rivalitäten um Ressourcen, wie etwa um den Fluss Indus in der umstrittenen Region Kaschmir oder den Brahmaputra, der mit China und Indien zwei nuklear bewaffnete Staaten durchfließt. So gewinnen nukleare Abschreckungsdoktrinen an Bedeutung, obwohl die gestiegenen politischen Spannungen katastrophale Missverständnisse und Unfälle wahrscheinlicher machen.

Es werden also nicht nur trotz, sondern auch aufgrund der Klimakrise mehr Ressourcen in die eigene Abschreckung und Verteidigung gesteckt. Dabei sind die Zahlen bereits gigantisch: Allein

2022 verschwendeten die Atomwaffenstaaten 82,9 Milliarden US-Dollar an ihre Atomwaffenarsenale. Das System der nuklearen Abschreckung trägt also zur Klimakrise bei und bindet Ressourcen, die zu deren Bekämpfung dringend nötig wären. Gleichzeitig verstärkt der Klimawandel internationale Unsicherheiten und Konflikte, Bemühungen um Abrüstung werden schwieriger und das Risiko eines (un)beabsichtigten nuklearen Angriffs steigt.

Doch die Verbindung des nuklearen Systems und der Klimakrise geht noch tiefer, sie zeigt sich in einer ungerechten Weltordnung. Nicht ohne Grund lautet ein bekannter Slogan: „What do we want? Climate Justice! When do we want it? Now!“ Und deshalb fordern auch immer mehr Menschen nukleare Gerechtigkeit.

Klimagerechtigkeit – nukleare Gerechtigkeit: Beide Forderungen erkennen an, dass die globale Ordnung auf Ungleichheit basiert. Sie privilegiert einige Staaten und deren Bevölkerung und setzt andere herab. Während einige von dieser Ordnung profitieren, zahlen andere den Preis dafür. Meistens wird hier zwischen „Globalem Norden“ und „Globalem Süden“ unterschieden. Diese Begriffe bedeuten jedoch keine rein geographische Einteilung. Vielmehr steht der erste Begriff für all jene, die von aktuellen internationalen Strukturen profitieren, während der zweite Begriff alle umfasst, die davon unterdrückt werden.

Die Forderung nach Klimagerechtigkeit ist die Forderung nach der Abschaffung dieser Strukturen. Sie sieht vor allem in unserem Wirtschaftssystem, das ständiges Wachstum braucht, die Ursache für die Ausbeutung von Natur und Menschen weltweit und den daraus entstehenden Klimaveränderungen und sozialen Ungerechtigkeiten. Essentiell ist hier die Anerkennung der kolonialen Geschichte, in deren Verlauf einige Staaten durch die massive Ausbeutung anderer in ihre heutige, machtvolle Position gekommen sind. Begründet wurde dies mit rassistischen Ansichten und Pseudowissenschaften. Die Kolonialzeit mag größtenteils Vergangenheit sein, doch unser heutiges System rührt aus dieser Zeit her und wird weiterhin von kolonialen Kontinuitäten bestimmt.



EIN HUBSCHRAUBER DES US-STRAHLEN-MONITORINGS UNTERWEGS ÜBER DEM UJELANG-ATOLL

Handelsabkommen zu Ungunsten des Globalen Südens und die Weigerung, Kunstschätze oder menschliche Gebeine aus der Kolonialzeit zurückzugeben, sind nur zwei der vielfältigen Beispiele für diese Kontinuitäten. Sie festigen die ungerechten Strukturen und die hierarchische Ordnung.

In dieser sind die Wirtschaftsmächte des Globalen Nordens hauptverantwortlich für die Klimakrise. Die Auswirkungen spüren aber vor allem die Menschen des Globalen Südens und indigene Völker, deren Gebiete stärker betroffen sind und die weniger Unterstützung erfahren. Klimagerechtigkeit herzustellen, bedeutet deshalb, die Verursacher des Klimawandels stärker in die Verantwortung zu nehmen, sowohl bei der Reduzierung ihrer Emissionen als auch durch finanzielle Ausgleichszahlungen. Es bedeutet zudem, die Rechte und Bedürfnisse der am stärksten betroffenen Menschen anzuerkennen, ihnen eine Perspektive zu bieten und die zugrundeliegenden ungerechten Strukturen abzuschaffen.

Auf eben jenen Strukturen basiert auch die nukleare Ordnung. Ebenso wie Wirtschaftsmächte eine starke Position im internationalen System einnehmen, profitieren auch Atomkräfte von der dominanten Stellung, die mit dem Besitz von Atomwaffen assoziiert wird. Für fünf Staaten wurde diese Stellung sogar im Nichtverbreitungsvertrag zementiert. Die Staaten der nuklearen Teilhabe und nuklearer Schutzschirme sichern sich ebenfalls eine privilegierte Position durch ihre (vermeintliche) Unangreifbarkeit. Eine Minderheit hat so ein System der angeblichen Sicherheit geschaffen, das nur ihr offensteht. Die Sicherheitsinteressen aller anderen werden ignoriert. Den Preis zahlen erneut die Menschen außerhalb dieser Machtpositionen, insbesondere im Globalen Süden sowie Angehörige indigener Völker. Der Abbau von Uran findet in ihren Regionen statt, ohne angemessene Sicherheitsstandards und ohne Maßnahmen gegen die Kontaminierung der Umwelt und die massiven Gesundheitsprobleme.

Ebenso fanden die über 2.000 Atomwaffentests auf indigenem Land und in (ehemaligen) Kolonien statt. Nach rassistischen Kri-

terien wurde dabei ausgewählt, welches Leben schützenswert ist und welches nicht. Auch hier werden die Betroffenen mit den Auswirkungen alleine gelassen. Ein prägnantes Beispiel ist der Runit Dome, ein riesiges Lager atomarer Abfälle auf den Marshallinseln über das Benetick Kabua Maddison auf dem IPPNW-Jahrestreffen sprach (siehe S. 25). Die Staaten, die auf Atomwaffen für ihre Sicherheit bestehen, übernehmen keine Verantwortung für die massiven Schäden, die diese Waffen verursacht haben. Die Forderung nach nuklearer Gerechtigkeit bezieht sich deshalb, entsprechend jener nach Klimagerechtigkeit, sowohl auf die Unterstützung der Überlebenden und die Übernahme von Verantwortung durch die profitierenden Staaten als auch auf die Abschaffung der zugrundeliegenden Strukturen – inklusive der Abschaffung aller Atomwaffen.

Klimagerechtigkeit und nukleare Gerechtigkeit bedeuten also den Umsturz der hierarchischen internationalen Ordnung, die auf ungerechten Strukturen aufgrund rassistischer, kolonialer und sexistischer Annahmen aufbaut. Diese bestimmen, welche Interessen relevant sind, welche Stimmen gehört werden und welche Leben würdig sind. Da die Klimakrise und die Existenz von Atomwaffen in enger Verbindung stehen, müssen diese beiden existentiellen Gefahren zusammengedacht und angegangen werden. Doch nur, wenn dabei die Forderung nach Klima- und nuklearer Gerechtigkeit zentral ist, können die zugrundeliegenden Strukturen abgeschafft und unterschiedliche Bedürfnisse gehört und verschiedene Verletzlichkeiten anerkannt werden. Und nur so ermöglichen wir eine gemeinsame, lebenswerte Zukunft.

Juliane Hauschulz
ist IPPNW-
Campaignerin
im Bereich
Atomwaffen.



„Bei Software gibt es keine Rüstungskontrolle“

Atomkrieg aus Versehen: Im Gespräch mit dem KI-Experten Prof. Karl Hans Bläsius

Lieber Herr Bläsius, Atomwaffen und KI stellen Ihnen zufolge beide existentielle Bedrohungen für die Menschheit dar. Was unterscheidet Künstliche Intelligenz (KI) in ihrer Auswirkung von Atomwaffen?

Das Problem bei KI ist: Es ist Software. Atomwaffen können prinzipiell vernichtet werden, bei Software ist das schon schwieriger. Es ist extrem leicht, Kopien zu erstellen. Das heißt: Alles, was in einem Rüstungswettlauf entwickelt wird, ist irreversibel. Was auch eine Rolle spielt: Es machen immer mehr private Akteure mit. Die Entwicklung von Atomwaffen ging noch von den Staaten selbst aus. Nun sehen wir im Ukrainekrieg, dass es Anwendungen gibt, die aus dem privaten Sektor kommen. Software, die in Kriegen eingesetzt wird, kann verschlüsselt übers Internet übertragen werden. Da funktioniert Rüstungskontrolle kaum.

Bei vielen wissenschaftlichen Entwicklungen, wie z. B. der Atombombe, hat sich aus der Grundlagenforschung eine militärische Nutzung entwickelt. Ist das Zivile und das Militärische im Entwicklungsprozess überhaupt voneinander zu trennen?

Diese beiden Bereiche sind in der Entwicklung tatsächlich kaum voneinander zu trennen, höchstens noch die Anwendungen. Vor einigen Jahren gab es etwa Proteste, zum Beispiel bei Google, wo Mitarbeiter*innen protestiert haben, dass ihre Systeme auch in militärischen Bereichen eingesetzt worden sind. Es ist schwer geworden, das auseinanderzuhalten, auch bei Anwendungen, die auf neuronalen Netzen basieren. Das sind allgemeine Ent-

wicklungen, die aber in verschiedene Anwendungsfelder münden. Natürlich könnte KI auch im militärischen Bereich für Verteidigungsmaßnahmen genutzt werden. Das würde aber mit Sicherheit verursachen, dass auch die entsprechenden Angriffsmaßnahmen verstärkt werden – mit der Hilfe von KI. Eine Art Aufrüstungsspirale.

Sehen Sie die Forschenden in der Verantwortung?

Die meisten Anwendungen von KI sind nützlich und hilfreich, zum Beispiel im Medizinbereich. Es ist wirklich schwer, sich von solchen Entwicklungen völlig loszulösen. Aber trotzdem sollte man versuchen, als Wissenschaftler keine Tötungsmaschinen herzustellen. Besonders kritisch wird es natürlich, wenn es nicht nur um die Tötung einzelner geht, sondern um Entwicklungen, die Auswirkungen auf eine große Anzahl von Menschen haben.

Um mal beim Beispiel der Tötungsmaschine zu bleiben: Die nutzt, sagen wir, eine Gesichtserkennungssoftware, die für zivile Zwecke entwickelt wurde. Dann aber greift ein autonomes Waffensystem genau auf diese Software zurück. Kann man den an der Entwicklung der Gesichtserkennungssoftware beteiligten Forschenden überhaupt den Vorwurf machen, dass sie die Konsequenzen ihrer eigenen Handlungen nicht mitbedenken?

Wenn Sie als Wissenschaftler an sowas forschen, müssen sie nicht davon ausgehen, dass es negativ eingesetzt wird. Da liegt halt die Verantwortung bei denen, die die Tötungsmaschinen bauen, unter Ver-

wendung von KI-Technologien. Man kann das nicht grundsätzlich verhindern.

Bei dem im März 2023 veröffentlichten Brief des Future of Life Institute, bei dem namhafte KI-Forschende ein sechsmonatiges Forschungsmoratorium im Bereich KI-Entwicklung fordern, wurden Begriffe wie zivil und militärisch meines Wissens gar nicht benutzt. Da wurde pauschal gesagt: Hier darf jetzt gar nicht mehr geforscht werden. Wie bewerten Sie das?

Bei diesem Aufruf, den ich auch unterschrieben habe, ging es nicht um militärische Anwendungen, sondern die Befürchtung war, dass die KI eine Leistungsfähigkeit erlangt, die dann nicht mehr gut zu kontrollieren ist. ChatGPT 4 ist schon sehr leistungsfähig, sowohl im Umgang mit natürlicher Sprache und der Beantwortung von Fragen, als auch bei der Unterstützung der Programmierung, was es auch sehr gut kann. Die Befürchtung ist, dass man nicht so genau weiß, was das alles für Implikationen für uns Menschen hat, für unsere Arbeitsweise und Ausbildung. Es entstehen da neue Abhängigkeiten. Im Fall einer „Superintelligenz“ eventuell eine Informationsdominanz. Dann ist das System nicht mehr kontrollierbar.

Aber haben die Akteure, die so einen Forschungsstopp fordern, darunter die CEOs von großen Tech-Unternehmen, nicht auch ein Eigeninteresse? Denken die sich nicht: ‚Hey, wir wollen nicht, dass Ihr uns einholt. Also fordern wir jetzt einfach mal einen Forschungsstopp?‘ Damit macht man sich und seine Arbeit natürlich auch irgendwie gesellschaftlich relevant.



KARL HANS BLÄSIUS AUF DEM IPPNW-/ICAN-AKTIONSCAMP IN DÜREN, JULI 2023

Das entspricht dem, wie das hier in der Presse dargestellt worden ist. Das finde ich aber nicht so ganz angemessen. Es gab ja noch weitere offene Briefe zu dem Thema, zum Beispiel das „Statement on AI Risk“ des Center for AI Safety vom 30. Mai 2023, das auch von Führungskräften großer Unternehmen unterschrieben wurde. Da stand drin, es sei ernstzunehmen, dass KI zur Vernichtung der Menschheit führen kann. Ich finde es ein bisschen abwegig, zu glauben, dass Unternehmenschefs, das tun, um ihr Unternehmen besser zu stellen, dass sie Wettbewerbsvorteile kriegen, indem sie davor warnen, dass ihre Software die Menschheit vernichten kann.

Beliebig reproduzierbare Cyberwaffen, dynamische Hochrüstungsspiralen, das Risiko einer übermächtigen KI – das sind sehr bedrohliche Szenarien. Wie sieht es mit möglichen Lösungen aus?

Die Voraussetzung, um Lösungen zu finden, liegt in einem guten Verhältnis zwischen den Nationen. Da spielt der Grad der internationalen Verflechtung und der Grad des gegenseitigen Vertrauens die zentrale Rolle. Das zwischenstaatliche Vertrauensverhältnis ist zum Beispiel im militärischen Bereich sehr schlecht geworden. Es sind viele Abkommen gekündigt worden, der INF-Vertrag zum Beispiel. Wenn man da weiterkommen will, ist ein gutes Maß an Zusammenarbeit und Vertrauen nötig. Die positive Wirksamkeit internationaler Verflechtungen gilt nicht nur wirtschaftlich, sondern gilt für alle Aspekte, etwa Sport und Kultur, durch Städtepartnerschaften, durch Schüleraustauschprogramme, und so weiter.

„**Superintelligenz**“ ist ein Begriff für eine hypothetische Entität, die den Menschen an allgemeiner Intelligenz oder einer bestimmten Form von Intelligenz übertrifft. Die Entwicklung einer „**allgemeinen künstlichen Intelligenz**“ innerhalb der nächsten 100 Jahre wird von vielen in der KI-Forschung als sehr wahrscheinlich erachtet. Es wird erwartet, dass dann eine Intelligenzexplosion eintritt, die dazu führt, dass diese Systeme dem Menschen bald weit überlegen sind. Bei einer solchen „**Superintelligenz**“ handelt es sich um eine auf wissenschaftliche Erkenntnisse gestützte Spekulation.

Sie sprechen viele Möglichkeiten an, wie Menschen sich für den Frieden engagieren können – abseits der klassischen Organisationsformen der Friedensbewegung. Bilden sich gerade neue Koalitionen für den Frieden?

Da die technische Entwicklung so schnell geht, reichen die bisherigen Standpunkte der Friedensbewegung, die sehr stark pazifistisch geprägt war, vielleicht nicht aus. Dieser Pazifismus ist durch den Krieg jetzt sowieso ins Schwanken gekommen – aus meiner Sicht ist das aber nicht berechtigt. Die Position: „Keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete“ hätte man durchaus auch weiter vertreten können. Die Risiken sind auf technischer Ebene sehr viel größer geworden. Mittlerweile kommen auch Militärs und Ex-Militärs zu diesem Schluss, zum Beispiel der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat. Er

sagt, dass Kriege heute ganz anders seien als früher, und das liege an der Technik. Krieg als Institution müsse daher überwunden werden – seine vernichtende Wirkung sei heute schlicht zu krass. An dieser Stelle macht es, finde ich, Sinn, dass die Friedensbewegung mit Wissenschaft und auch mit Militärs zusammenarbeitet.

Ich habe mich zum Beispiel für die Artikel zum „Atomkrieg aus Versehen“ von Militärs beraten lassen. Und dabei wurde mir bewusst, dass ein gewisses Maß an Vertrauen und Zusammenarbeit fundamental wichtig ist, insbesondere wenn es zu technischen Fehlern kommt, etwa bei Frühwarnsystemen. Die menschliche Reaktion auf solche Meldungen hängt direkt mit der eigenen Erwartungshaltung zusammen – was für Erfahrungen hat diejenige Person in ihrem bisherigen Leben gemacht? Das hat zum Beispiel damals beim sowjetischen Offizier Stanislaw Petrow, der 1983 als Offizier einen Atomkrieg aus Versehen verhinderte, auch eine Rolle gespielt.

Website „Atomkrieg aus Versehen“:
atomkrieg-aus-versehen.de
Statement on AI Risk: www.safe.ai/statement-on-ai-risk



Prof. Karl-Hans Bläsius ist Informatiker und Experte für das Thema „Atomkrieg aus Versehen“. Frederic Jage-Bowler ist Pessereferent der deutschen IPPNW.

Das Atomkriegsrisiko reduzieren

—Führende medizinische Fachzeitschriften rufen weltweit zum Handeln auf—

Über 100 medizinische Fachzeitschriften haben Anfang August 2023 weltweit dazu aufgerufen, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die wachsende Gefahr eines Atomkrieges zu verringern.

„Im Januar 2023 hat der Wissenschafts- und Sicherheitsausschuss des Bulletin of the Atomic Scientists die Zeiger der Weltuntergangsuhr auf 90 Sekunden vor Mitternacht gestellt, um der wachsenden Gefahr eines Atomkrieges Rechnung zu tragen. Im August 2022 warnte UN-Generalsekretär Guterres, dass sich die Welt in einer ‚Zeit nuklearer Gefahr befindet, wie sie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr aufgetreten ist‘. Die Gefahr wurde durch die zunehmenden Spannungen zwischen vielen nuklear bewaffneten Staaten noch verstärkt. Als Herausgeber von Gesundheits- und medizinischen Fachzeitschriften auf der ganzen Welt rufen wir die Angehörigen der Gesundheitsberufe dazu auf, die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger auf diese große Gefahr für die öffentliche Gesundheit und die lebenswichtigen Systeme des Planeten aufmerksam zu machen – und zum Handeln aufzufordern, um sie zu verhindern.

Die derzeitigen Bemühungen um die Kontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen sind nicht ausreichend, um die Weltbevölkerung vor der Gefahr eines Atomkrieges durch Absicht, Irrtum oder Fehlkalkulation zu schützen. Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) verpflichtet jedes der 190 teilnehmenden Länder, ‚nach Treu und Glauben Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur baldigen Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle fortzusetzen‘. Die Fortschritte waren enttäuschend langsam, und die jüngste Konferenz zur Überprüfung des NVV im Jahr 2022 endete ohne eine vereinbarte Erklärung. Es gibt viele Beispiele für Beinahe-Katastrophen, die

die Risiken der Abhängigkeit von nuklearer Abschreckung auf unbestimmte Zeit deutlich gemacht haben.

Die Modernisierung der Atomwaffenarsenale kann die Risiken erhöhen – so verkürzen Hyperschallraketen die Zeit, die zur Verfügung steht, um zwischen einem Angriff und einem Fehlalarm zu unterscheiden, was die Wahrscheinlichkeit einer schnellen Eskalation erhöht.

Jeder Einsatz von Atomwaffen wäre für die Menschheit katastrophal. Selbst ein ‚begrenzter‘ Atomkrieg, bei dem nur 250 der 13.000 Atomwaffen auf der Welt zum Einsatz kämen, könnte 120 Millionen Menschen auf der Stelle töten und eine globale Klimastörung verursachen, die zu einer nuklearen Hungersnot führen und zwei Milliarden Menschen gefährden würde. Ein groß angelegter Atomkrieg zwischen den USA und Russland könnte kurzfristig 200 Millionen Menschen oder mehr töten und möglicherweise einen globalen ‚nuklearen Winter‘ auslösen, der fünf bis sechs Milliarden Menschen das Leben kosten und das Überleben der Menschheit bedrohen könnte. Ist eine Atomwaffe erst einmal gezündet, kann es schnell zu einem globalen Atomkrieg kommen. Die Verhinderung des Einsatzes von Atomwaffen ist daher eine dringende Priorität für die öffentliche Gesundheit, und es müssen auch grundlegende Schritte unternommen werden, um das Problem an der Wurzel zu packen – die Abschaffung von Atomwaffen.

Das Gesundheitswesen hat bei den Bemühungen um die Verringerung des Risikos eines Atomkrieges eine entscheidende Rolle gespielt und muss dies auch in Zukunft tun. (...) Wir rufen nun die Gesundheitsfachverbände auf, ihre Mitglieder weltweit über die Bedrohung des menschlichen Überlebens zu informieren und sich mit der IPPNW zusammenzuschließen, um die Bemühungen zur Verringerung der kurzfristigen Risiken eines Atomkrieges zu unterstützen: Erstens, eine Politik des Verzichts auf den Ersteinsatz zu beschließen, zweitens ihre Atomwaffen

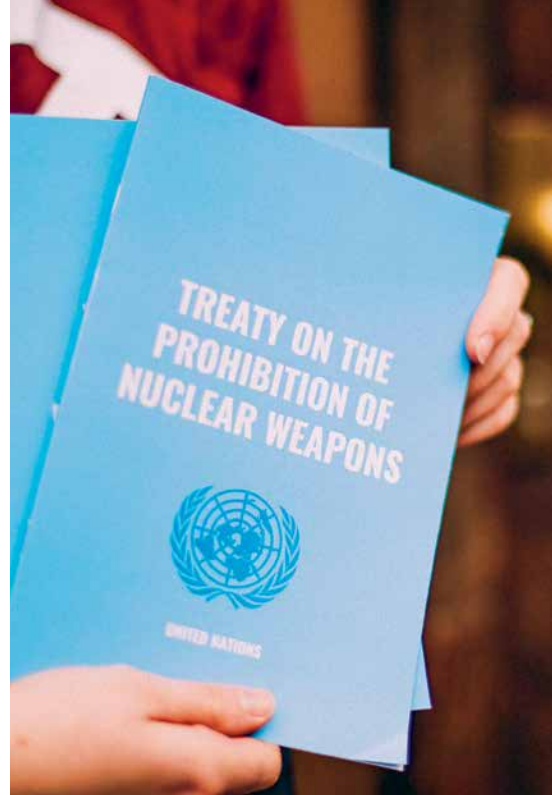


Foto: ICAN

aus dem ‚Hair-Trigger‘-Alarm zu nehmen und drittens alle an aktuellen Konflikten beteiligten Staaten aufzufordern, öffentlich und unmissverständlich zu versprechen, dass sie in diesen Konflikten keine Atomwaffen einsetzen werden. Wir fordern sie ferner auf, sich für ein endgültiges Ende der nuklearen Bedrohung einzusetzen, indem sie die dringende Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Atomwaffenstaaten über ein überprüfbares, zeitlich begrenztes Abkommen zur Abschaffung ihrer Atomwaffen in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag unterstützen und so den Weg für alle Nationen frei machen, dem Vertrag über das Verbot von Atomwaffen beizutreten.

Die Gefahr ist groß und wächst. Die Atomwaffenstaaten müssen ihre Atomwaffenarsenale beseitigen, bevor sie uns beseitigen. Die Gesundheitsgemeinschaft hat während des Kalten Krieges und in jüngster Zeit bei der Ausarbeitung des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen eine entscheidende Rolle gespielt. Wir müssen diese Herausforderung erneut als dringende Priorität aufgreifen und mit neuer Energie daran arbeiten, die Risiken eines Atomkrieges zu verringern und Atomwaffen zu beseitigen.“

Aufruf in voller Länge:
[bmj.com/content/382/bmj.p1682](https://www.bmj.com/content/382/bmj.p1682)



AACHEN



BERLIN

Nie wieder Hiroshima!

— Gedenken an die Atombombenabwürfe —

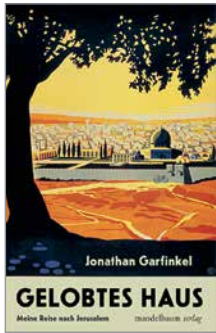
Vor 78 Jahren, am 6. August 1945, warfen die USA die erste Atombombe über der japanischen Stadt Hiroshima ab. Drei Tage später, am 9. August, traf eine zweite US-Atombombe die Stadt Nagasaki. Hunderttausende von Menschen starben bis Ende des Jahres 1945. Viele IPPNW-Mitglieder beteiligten sich auch in diesem Jahr bundesweit an Mahnwachen, Kundgebungen und Kulturveranstaltungen. In Hagen etwa rief IPPNW-Mitglied Christian Kingreen dazu auf, das UN-Atomwaffenverbot voranzubringen: „Das Erinnern an Hiroshima und Nagasaki mit dem unendlichen Leid von Menschen über Jahrzehnte, der Verseuchung und Vernichtung unserer Lebensgrundlagen verpflichtet uns, immer wieder die Ächtung der Atomwaffen zu fordern, wie dies inzwischen 122 Staaten der UN getan haben. Weitere Infos im Forum intern S. 14



HAGEN



BREMEN



Gelobtes Haus

Jonathan Garfinkel ist in Kanada aufgewachsen. Als er von einem Haus in Jerusalem hört, in dem ein Jude und ein Araber in Frieden zusammenleben, bricht er auf.

Garfinkels Buch wurde offenbar als schwieriges Buch gesehen, denn nach der Ersterscheinung in Kanada dauerte es vier Jahre, bis es hier veröffentlicht wurde. In seiner Heimat schaffte der Autor es, „ihm nahestehende Menschen und seine Eltern maßlos zu verärgern.“ Offenbar „hatte er ein Thema gewählt, das so spaltend und aufwühlend ist, wie es nur sein kann“. Mir ging es ähnlich. Ich hatte das Buch geschenkt bekommen und war aus meinem pro-palästinensischen Blickwinkel erst einmal irritiert, wie deutlich Jonathan Garfinkel die Vorurteile, Ängste und Dogmen beschreibt, die ihm als Kind in der jüdischen Schule – der Bialik Hebrew Day School in Toronto – eingepflegt wurden. Aber er setzt sich damit auseinander. In einer großartigen leichten witzigen Art schildert er, wie ihm seine Lehrerin, Mrs. Blintzkrieg, immer „im Nacken“ sitzt und ihn mit ihren Wahrheiten ins Zweifeln bringt.

Ein zufälliger Kontakt mit einer kanadischen Palästinenserin weckt sein Interesse an dem Land Israel, das er bis dahin mehr als religiösen Begriff gesehen hat denn als reales Land. Als junger Erwachsener macht sich Garfinkel erstmals auf die Reise nach Israel und auf die Suche nach dem „gelobten Haus“, in dem Juden und Palästinenser zusammen leben können. Natürlich ist dort auf allen Seiten alles ganz anders, als er es sich vorgestellt hat. Garfinkel erkennt, dass es eine Form von schneller Wahrheitsfindung nicht gibt.

„Garfinkel gräbt tief danach, was es bedeutet, gleichzeitig einer Identität, einer Kultur und einer Geschichte anzugehören, sie zu verleugnen, sie zu lieben und sie zu verabscheuen. Und das in einer kunstvollen Sprache mit tiefem Gefühl ... ein Muss“, wirbt David Rakoff auf dem Buchumschlag. Dem kann ich mich nur anschließen. Ich würde dieses Buch jeder und jedem empfehlen, die oder der irgendwie mit dem Nahostkonflikt in Berührung gekommen ist. Dabei liest es sich leicht wie ein Roman und ist spannend wie ein Krimi.

Jonathan Garfinkel: Gelobtes Haus, 352 S., 22,00 €, Mandelbaum 2021, ISBN: 978385476-991-0

Sabine Farrouh



Richters frühes Werk

Die philosophische Dissertation von Horst-Eberhard Richter ist vor Kurzem als Buch erschienen.

Diese Dissertation, 1948 an der philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin abgeschlossen, wurde von Horst-Eberhard Richter (1923-2011) zwar später erwähnt, war aber nirgendwo verzeichnet. Erst durch die Recherchen des Neurologen Wilhelm Rimpau fand sie sich im Büro der IPPNW in Berlin, wo Richter – Gründungsmitglied der westdeutschen Sektion und jahrelang ihr Vorsitzender – sie neben anderen Unterlagen zurückgelassen hatte.

Eine schwere Erkrankung als Soldat, Kriegsgefangenschaft, der gewaltsame Tod der Eltern und eine Lungenentzündung prägten Richters Leben. Das Interesse für die Philosophie verfolgte er neben dem Medizinstudium und sah in ihr eine „Basis für die weitere Entfaltung meiner philosophischen Tätigkeit“. Körperlichen und seelischen Schmerz stellte er in der Dissertation in historisch-philosophischer und aktueller Sicht dar.

Richter fasste u. a. zusammen: „Der prinzipielle Vorteil dieser Klassifikation des leiblichen Schmerzes liegt darin, dass sie eine reinliche Scheidung des sinnlichen Phänomens von den Gefühlen und Gemütsbewegungen zulassen. Der von der alltäglichen Sprache verwischte Unterschied – indem sie heftige traurige Gemütserschütterungen und körperliches Weh mit der gleichen Bezeichnung ‚Schmerz‘ umfasst – lässt sich durch exakte psychologische Analyse wieder zum Vorschein bringen.“

Die Philosophin Prof. Dr. Liselotte Richter beurteilte damals die Arbeit, ebenso der Neuropsychiater und Direktor der Charité-Nervenklinik, Heinrich Christel Roggenbau (im Anhang des Buches). Eine medizinische Dissertation Richters folgte noch zum Thema „Akustischer Funktionswandel bei Sprachtaubheit“ unter Bezug auf einen von Viktor von Weizsäcker eingeführten Begriff. Richters Verdienste um die psychosomatische Medizin als Gründer des Zentrums für Psychosomatische Medizin an der Justus-Liebig-Universität Gießen und um die Friedensarbeit insbesondere in der IPPNW werden von dem Mitherausgeber Hans-Jürgen Wirth beschrieben. Die jetzt wiederentdeckte Quelle und Würdigung des Arztes, psychoanalytischen Psychosomatikers, Familientherapeuten und Friedensaktivisten sollte eine breite Leserschaft finden.

Horst-Eberhard Richter: Der Schmerz in phänomenologischer Klassifikation. Hrsg. Wilhelm Rimpau & Hans-Jürgen Wirth, 161 S., 29,90 €, Psychosozial 2023, ISBN-13: 978-3-8379-3251-5 Bernd Holdorff

Für einen sofortigen Waffenstillstand: Argumentationshilfe

Die IPPNW hat Argumente für einen sofortigen Waffenstillstand zusammengestellt und geht auf oft vorgetragene Einwände ein. 11 Seiten A4 zum Selbstaussdruck
Download: ippnw.de/bit/argumentationshilfe



IPPNW-Akzente Türkei

Nach den Erdbeben: Eine IPPNW-Gruppe besuchte im Frühjahr 2023 die kurdischen Gebiete im Südosten der Türkei und berichtet über die Situation vor Ort

ca. 32 Seiten A4, 5,- Euro

Bestellen unter: shop.ippnw.de

Download: ippnw.de/bit/tuerkei-23

IPPNW-Report: Folgen von Atomtests

Die katastrophalen Folgen von Atomwaffen: Dieser IPPNW-Report untersucht die Auswirkungen von Atomtests auf Mensch und Umwelt.

76 Seiten A4, 10,- Euro

Bestellen unter: shop.ippnw.de

Download: ippnw.de/bit/atomtest-report



Das nächste Heft erscheint im Dezember 2023. Das Schwerpunktthema ist:

75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe 176/Dezember 2023 ist der 30. Oktober 2023. Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: forum@ippnw.de

Herausgeber: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) Sektion Deutschland
 Redaktion: Ute Watermann (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Regine Ratke

Anschrift der Redaktion: IPPNWforum, Körtestraße 10, 10967 Berlin,
 Tel.: 030 6980 740, Fax 030 69381 66,
 E-Mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de,

Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank
 IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01,
 BIC: GENODEM1GLS

Das Forum erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung

der Redaktion oder des Herausgebers. Nachdrucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.

Redaktionsschluss für das nächste Heft: 30. Oktober 2023

Gestaltungskonzept: www.buerobock.de,

Layout: Regine Ratke

Druck: DDL Berlin **Papier:** Circle Offset, Recycling & FSC.

Bildnachweise: S. 7 Mitte: pexels.com / Nikolai Ulltang. Nicht gekennzeichnete Fotos: privat oder IPPNW.



SEPTEMBER

16.9. IPPNW Global Health Conference: Preparing for permanent crisis? Reshaping Global Health in the aftermath of Covid-19, Berlin

30.9. Für eine Kultur des Friedens, Jahrestagung in Landsberg/Lech

18.-24.9. Dezentrale Aktionstage Stoppt das Töten in der Ukraine

20.9. IPPNW Academy: Nukleare Gerechtigkeit und das Atomwaffenverbot

21.-26.9. Politische Aktionswoche für das Atomwaffenverbot

21.9. Einweihung des Sadako-Denkmal im Krupp-Park Essen

30.9. Für eine Kultur des Friedens, Jahrestagung in Landsberg

25.9.-7.10. Besuch türkischer Menschenrechtler*innen in Deutschland

OKTOBER

3.10. Dezentraler Aktionstag der Friedensbewegung

4.10. IPPNW Academy: Atomkrieg und KI. Mit Prof. Karl Hans Bläsius

7.10. Workshop: Abrüsten für das Klima, mit Angelika Claußen, Bonn

18.10. IPPNW Academy: Über den Frieden sprechen, aber wie? Mit Hannah Landwehr

27.-28.10. Workshop „Alles, was strahlt...“ für Studierende, Berlin

Weitere Informationen unter: www.ippnw.de/aktiv-werden/termine

Anmelden!

BERLIN

17.-19.11.2023

IPPNW-Studitreffen
 Diskussion und Vernetzung
 im *Ida Nowhere* Berlin.
ippnw.de/bit/studitreffen



6 Fragen an ... Joachim Guilliard

Autor und Friedensaktivist

1 Zwei Jahre nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan: Wie hat die NATO damals reagiert? Die USA und ihre Verbündeten haben Afghanistan nach dem Krieg in einem katastrophalen Zustand zurückgelassen. Ihr Embargo lastet schwer auf der Bevölkerung. Nach der Machtübernahme der Taliban folgte die Rache auf dem Fuße. Rund drei Viertel der öffentlichen Ausgaben waren bis dahin vom Ausland finanziert worden: u. a. 400.000 Angestellte im öffentlichen Dienst sowie Entwicklungsprojekte wie Schulen und Krankenhäuser. Diese Zahlungen wurden über Nacht gestoppt.

2 Wie sind die Auswirkungen für die Bevölkerung? Die Taliban-Regierung wird von den USA und ihren Verbündeten nicht anerkannt. Da sich die gegen die Taliban verhängten Sanktionen auch gegen die von ihnen kontrollierten Institutionen richten, blockieren sie das ganze Land. Die afghanische Wirtschaft kollabierte dadurch völlig. Die westlichen Staaten haben die Reserven der afghanischen Zentralbank beschlagnahmt – sieben Milliarden US-Dollar in den USA und rund 2,1 Milliarden US-Dollar in der EU. Aus Sicht von UN-Sonderberichterstatterin Alena Douhan ist dies ein eklatanter Verstoß gegen internationales Recht. Schließlich gehört das Geld nicht der Regierung, sondern dem Land und seiner Bevölkerung. Da Afghanistan vom globalen Finanzsystem abgeschnitten wurde, haben selbst Hilfsorganisationen enorme Probleme, ihre Projekte weiterzubetreiben. All dies in einer Situation, in der nach Schätzungen zwei Drittel der insgesamt 40 Millionen Einwohner auf humanitäre Hilfe angewiesen sind – die meisten von ihnen hungern.

3 Der Westen macht meist die Taliban für den wirtschaftlichen Zusammenbruch verantwortlich ... Hilfsorganisationen widersprechen dem jedoch. Diese Krise „wurde von der internationalen Gemeinschaft verursacht“, so etwa Samira Sayed Rahman von rescue.org. In einem Appell 50 hochrangiger UN-Diplomaten und Menschenrechtsexperten an die führenden NATO-Staaten heißt es, Humanitäre Hilfe sei zwar unerlässlich, sie sei aber „keine Alternative zum normalen Funktionieren der Wirtschaft und des Bankensystems, die maßgebend für die Erbringung grundlegender Dienstleistungen sind“.

4 Wie verhält sich Deutschland? Außenministerin Baerbock will selbst humanitäre Hilfen für Afghanistan von der Einhaltung von Frauenrechten abhängig machen. Ihr Ministerium hat den deutschen Beitrag von mickrigen 330 Millionen Euro 2022 auf 39 Millionen für 2023 reduziert, die afghanischen Gelder auf deutschen Konten bleiben eingefroren. Die verheerenden Auswirkungen der Blockaden werden ignoriert, obwohl darunter Frauen und Kinder besonders leiden. Tatsächlich sind umfassende Wirtschaftsblockaden drastische Menschenrechtsverletzungen, die Menschenleben kosten.

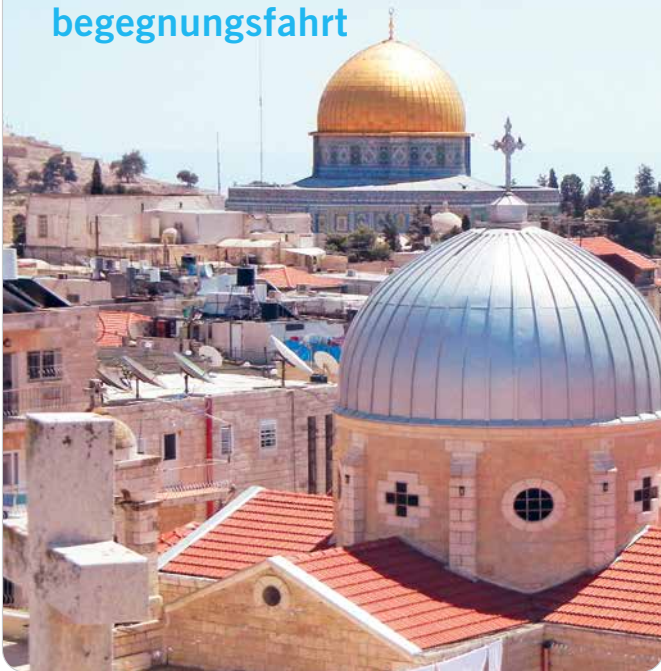
5 Wie sind die Machtverhältnisse innerhalb Afghanistans? Innerhalb der Taliban-Führung gibt es heftige Konflikte um die zukünftige politische Verfasstheit des Landes: zwischen den islamischen Fundamentalisten um Mullah Hibatullah Achundsada und jenen mit pragmatischen Ansätzen. Eine ganze Reihe von Ministern und hochrangigen Talibanführern kritisiert den diktatorischen Führungsstil von Achundsada offen. Im Kabinett kam es sogar zu einem mehrheitlichen Beschluss, das Arbeits- und Bildungsverbot für Frauen wieder aufzuheben. Ob sich der moderate Flügel der Islamisten durchsetzen kann, bleibt abzuwarten.

6 In Afghanistan sind es nichtwestliche Akteure, die das Heft des Handelns in die Hand nehmen ... Die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO) engagiert sich verstärkt im Land. Insbesondere die Mitglieder China, Pakistan und Russland weiten ihre direkte humanitäre Hilfe aus und setzen sich für ein Ende der Wirtschaftssanktionen sowie die Wiederaufnahme internationaler Entwicklungshilfe für Afghanistan ein. Für eine Intensivierung der Zusammenarbeit verlangen die SCO-Mitglieder neben einem entschiedeneren Kampf gegen terroristische, dschihadistische Gruppen im Land auch eine inklusivere Regierung. Sie müsse unter Beteiligung aller ethnischen, religiösen und politischen Gruppen gebildet werden und die Interessen aller Menschen, einschließlich Frauen, Kindern und ethnischer Minderheiten, schützen. Hierin sehen Taliban-Führer sicherlich einen wesentlich stärkeren Anreiz für Zugeständnisse als im westlichen Blockadeansatz.

Auszug aus: J. Guilliard „Hölle auf Erden“, junge Welt vom 16.8.2023

Begegnungsfahrt Palästina / Israel 26. Mai – 7. Juni 2024

Information & Anmeldung:
[www.ippnw.de/bit/
begegnungsfahrt](http://www.ippnw.de/bit/begegnungsfahrt)



Reise in die Türkei 14.–27. März 2024

Unsere Solidarität mit den Aktiven der türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft ist angesichts der restriktiven Regierungspolitik nötiger denn je. Wir wollen auf unserer Reise Menschen und Organisationen in Diyarbakir und anderen Städten im Südosten besuchen und unsere Erfahrungen mit der Deutschen Botschaft in Ankara teilen.

Kontakt für weitere Informationen:
Gisela Penteker, g.penteker@gmail.com



IPPNW



medico international

GLOBAL HEALTH CONFERENCE

**PREPARING FOR
PERMANENT CRISIS?**

**Preparing for permanent crisis?
Reshaping global health in
the aftermath of Covid-19**

**September 16th, 2023
12.30 am – 8 pm
Evangelische Schule
Berlin Zentrum**

How can we achieve Health for All in the face of multiple global crises? What kind of „security“ do we need and for whom? What lessons can we as health and social movements draw from the Covid-19 pandemic? How can we live and strengthen solidarity at the intersection of health, peace and justice?

health-and-globalisation.org

NO WAR



IPPNW Academy Online-Veranstaltungsreihe zum Ukrainekrieg 2023

Die IPPNW veranstaltet alle zwei Wochen mittwochs von 19 bis ca. 20 Uhr ein Online-Seminar zu Themen rund um den Ukrainekrieg, bei dem Basiswissen vermittelt werden soll. Die Vorträge dauern ca. 30 Minuten. Anschließend besteht die Möglichkeit für Fragen bzw. zur Diskussion.

Vorwissen ist nicht erforderlich.
Die Teilnahme ist kostenlos.



Weitere Informationen
und Anmeldung:
[ipnwnw.de/bit/
ippnwnwacademy-2023](https://ipnwnw.de/bit/ippnwnwacademy-2023)

Mi. 6. September
**Waffenstillstand und
Frieden für die Ukraine**
Dr. Angelika Claußen, IPPNW

Mi. 20. September
**Nukleare Gerechtigkeit und
das Atomwaffenverbot**
Juliane Hauschulz, IPPNW

Mi. 4. Oktober
Atomkrieg und Künstliche Intelligenz
Dr. Karl Hans Bläsius, em. Professor
für Künstliche Intelligenz

Mi. 18. Oktober
**Über den Frieden sprechen,
aber wie?**
Hannah Landwehr, Leiterin des
Ukraine-Programms des forumZFD